

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 154.

Freitag, den 5. Juli 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Peters Verurteilung.

W. T. Mit 500 Mark muß die „Münchener Post“ es büßen, daß sie einen, nach dem Urteil seiner Freunde, großen deutschen Helden einen feigen Mörder genannt hat, um nur einen von den milderen Ausdrücken zu erwähnen. Man mag einen geselligen Zustand für unvernünftig halten, der es zur Notwendigkeit macht, den zu bestrafen, der eine gemeingefährliche Person unschädlich zu machen versucht. Immerhin das Gesetz besteht und es mußte wohl angewendet werden; und es war nur fraglich, in welcher Schärfe es gehandhabt werden würde.

Im Publikum herrschte darüber kein Zweifel, daß der angeklagte Redakteur wegen formaler Beleidigung verurteilt werden würde. Man schätzte im Voraus ziemlich allgemein auf 500 Mark. Einige vermuteten 1000 Mark und nur die Petersclique, die an dem letzten Tag noch eine Anzahl Bravourer in den Zuschauerraum entsandt hatte, bestand auf einer Gefängnisstrafe. Es war sehr unklug, daß auch der Rechtsbeistand des Karl Peters eine Freiheitsstrafe gefordert hatte. Um so eindrucksvoller wirkte es, daß das Gericht es bei einer Geldstrafe beließ, die nicht viel mehr als eine Buße für stilistische Schönheitsfehler darstellte.

Sicher! Eine völlige Freisprechung des Beklagten und eine Verurteilung des Klägers und seiner Kronzeugen würde dem natürlichen Rechtsempfinden des Volkes entsprochen. Dennoch läßt sich gegen die Objektivität des Spruchs nichts oder wenigstens nicht viel einwenden. Dem Redakteur wurde zum Teil der § 193, die Wahrung berechtigter Interessen, zugebilligt und das einzige Bedenken, das man billiger Weise gegen das Urteil erheben könnte, besteht darin, daß gerade bei dem dritten Artikel die Wahrung berechtigter Interessen verneint wurde, weil der Redakteur aus der Form die Absicht der Beleidigung habe erkennen lassen.

Denn dieser dritte Artikel war die Antwort auf eine unverschämte Provokation des Afrikaners, der nicht nur die Sozialdemokratie rüde beschimpfte, sondern auch besonders gegen die Münchener Sozialdemokratie den bestimmten Vorwurf erhob, daß sie durch Androhung eines Bombenattentates des Peters von einem Vortrag abhalten wollte. Als ein Mitglied der Münchener Sozialdemokratie in führender Stellung scheint uns der Genosse Gruber wohl das berechtigste Interesse gehabt zu haben, diese Behauptung mit der erdenklichsten Schärfe abzuwehren. Es hat sich ja in der Verhandlung herausgestellt, daß hinter der afrikanischen Bombengeschichte nichts, gar nichts steckte; und wenn Peters gleichwohl in einem großen deutschen Blatte diese Beschuldigung erhob, so war es noch eine milde Abwehr, daß man ihn für unzurechnungsfähig erklärte.

Dagegen können wir mit der Abweisung der Widerklage, obwohl sie die Rechtslage unseres Parteigenossen ungünstig gestaltete, nur einverstanden sein. Daß die Widerklage erhoben wurde, war nicht zu umgehen. Deutsche Gerichte haben häufig, und wenn wir nicht irren, hat das Reichsgericht diese Rechtssprechung bestätigt, gegen die Sozialdemokraten Urteile ausgesprochen, die sich darauf gründeten, daß Kollektiv-Beleidigungen gegen eine Partei, gegen einen Beruf, gegen eine Gruppe jeden einzelnen Angehörigen dieses Kreises berechtigt machen sollten, Klage zu erheben. Wir haben stets diese Erweiterung des Beleidigungsparagraphen, die nahezu jede öffentliche Kritik strafbar macht, bekämpft. Aber es war ganz in der Ordnung, daß wir nun auch einmal unsererseits eine Probe auf diese falsche Rechtspraxis machten. Wenn aber das Münchener Gericht liberal genug war, dieser fast schon üblich gewordenen Rechtssprechung nicht zu folgen, so kann man das nur begrüßen, und es wäre zu wünschen, daß man hinfort sich auf den Boden des Münchener Urteils stellen würde, auch wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Vielleicht wäre allerdings darüber noch ein Zweifel zulässig, ob nicht in diesem Falle der Redakteur Gruber dennoch die Aktivlegitimation für eine Gegenklage besaß, weil der enge Kreis der Münchener Sozialdemokratie von der ebenso blödsinnigen wie unverschämten Petersschen Verleumdung betroffen war. Der Vorsitzende des Gerichts ließ andererseits auch darüber keinen Zweifel, daß der Artikel des Peters schwer beleidigend war und daß eine Freisprechung nur aus den erwähnten, zu billigen formalen Gründen erfolgen mußte.

Was aber hat Peters mit diesem Prozeß erreicht? Die Feier, die ihm seine Gesinnungsgenossen in München nach dem Prozeß veranstalteten, wird auch selbst eine afrikanisch herabgeminderte Intelligenz darüber nicht hinwegtäuschen, daß seine Lage heute noch viel ungünstiger ist, als vorher, völlig hoffnungslos. Das Ergebnis des Prozesses ist die härteste Verurteilung des Karl Peters. Unwillkürlich fühlte sich ja auch der

Rechtsbeistand des Afrikaners als Verteidiger des Klägers. Sein ganzes Plaidoyer war eine Verteidigungsrede für Peters, nicht eine Anklagerede für den Beklagten. Vor dem Prozeß konnten die Kreaturen der Peters-Clique der Öffentlichkeit noch einreden, daß an ihrem Helden ein Justizmord verübt worden sei. Der Tatbestand seiner Verbrechen war in seinen Einzelheiten vergessen worden. Die beiden Urteile der Disziplinargerichte waren unbekannt. Man konnte sie also verdächtigen, daß sie ein lächerliches Nachwerk seien und außerdem nicht die Feststellungen enthielten, die man in der öffentlichen Meinung annahm. Jetzt kennt man die Urteile, jetzt weiß man, daß sie all die schlimmen Vorwürfe enthalten, die gegen Peters erhoben worden sind und noch schlimmere; daß sie durchaus gründlich gearbeitet sind, sich auf sorgfältige Vernehmungen und vorsichtige und gewissenhafte Untersuchungen gründen. Was aber der Prozeß über das Treiben der Afrikaner in Deutschland enthüllt hat, ist vollends nur geeignet, das Haupt dieser Kamorra für immer unmöglich zu machen. Denn die Verhandlung hat ergeben, daß die Peters-Clique in Deutschland genau mit denselben moralischen Mitteln arbeitet, mit dem gleichen Innismus und der gleichen Brutalität, nur daß die Gewalttätigkeiten natürlich andere Formen annehmen und daß die Verletzung der Wahrheit in Deutschland unter den Meineidsparagraphen fällt.

Die Urteilsbegründung des Münchener Gerichts entlastet mit keinem Worte den Kläger von den Anklagen, die gegen ihn erhoben worden sind. Außerlich weicht die Begründung freilich einer Feststellung darüber aus, ob Peters sich in der Tat der Verbrechen schuldig gemacht hat, die gegen ihn im Parlament, in der öffentlichen Meinung, von den Disziplinarhöfen erhoben worden sind. Es läßt das Urteil über Peters scheinbar im Dunkeln, weil das Beweis- und Zeugnenmaterial nicht ausreichend sei, um zu entscheiden, wie weit die Taten des Dr. Peters am Kilimandscharo berechtigt gewesen seien. In Wirklichkeit aber stellt sich das Urteil des Münchener Gerichts durchaus auf den Boden der Urteile der Disziplinargerichte, die sie nicht antastet, obwohl sie doch nach dem Herrn von Liebert ein Schandfleck für die deutsche Justiz sein sollen. Deshalb haben die Münchener Richter mit keinem Wort ausgeführt, daß dem Beklagten der Beweis der Wahrheit nicht geglikt sei, sondern nur von den formalen schweren Beleidigungen gesprochen; und es hätte doch nahe gelegen, die Frage des Wahrheitsbeweises zu erörtern, da sowohl der Verteidiger des Beklagten in seinen scharfsinnigsten und warmherzigen Plaidoyers als auch der Beklagte in seinem wichtigen Schlusswort alle Behauptungen, die die Artikel über Peters enthielten, aufrecht erhielten, wenn nicht gar verschärften.

So hat das Münchener Gericht, indem es seinem Urteil über Peters auszuweichen schien, den vernichtenden Spruch der Disziplinarrichter bekräftigt. Aus der Begründung der Disziplinargerichte hat das Münchener Gericht auch die Feststellung übernommen, daß Peters nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungen gehabt habe. Die Disziplinargerichte mußten damals das feststellen, denn sonst hätte man unverzüglich gegen Peters die Anklage auf Mord erheben müssen. Es war ganz gleichgültig, ob man annehmen wollte, daß das deutsche Strafgesetzbuch schon damals im Kilimandscharogebiet in Kraft war oder nicht — Karl Peters unterstand dem deutschen Strafgesetzbuch und seine Verbrechen mußten in Deutschland gesühnt werden, gleichgültig, wo er sie verübt hatte. Aber diese äußerste Konsequenz wagten die Disziplinarrichter nicht zu ziehen und so wählte man den Ausweg, daß man ihm die Klausel des mangelnden Bewußtseins der Rechtswidrigkeit zubilligte. Auch das Münchener Gericht war genötigt, diese Klausel zu übernehmen, denn ein Mord verfährt erst nach dreißig Jahren. Wenn also das Münchener Gericht etwa festgestellt hätte, daß die Handlungen Peters subjektiv rechtswidrig gewesen wären, so hätte noch heute die Staatsanwaltschaft wegen jener alten Verbrechen einschreiten können und müssen.

Von der Person Karl Peters dürfte man jetzt für immer Abschied nehmen, wenn man nicht vermuten müßte, er werde es auch künftig verstehen, die Öffentlichkeit zu beschäftigen. Aber Herr Peters ist nur einer aus der herrschenden Clique, die durch ihre mächtigen finanziellen und gesellschaftlichen Beziehungen das deutsche Staatswesen beherrscht. Peters, der sich ein Herrscher dünkte, war im Grunde nur ein Werkzeug dieser Gruppe, der naturgemäß die anrüchlichsten und verzweifeltsten Existenzen am willkommensten sein müssen. Peters selbst ist die Entartungserscheinung einer herrschenden Gesellschaftsklasse. Wenn der traurige Held auch abgetan sein mag durch seine neuerliche Verurteilung — die Sippe, die ihn zu retten suchte, wirkt noch in voller Kraft, und es ist der bleibende Ertrag des Münchener Prozesses, daß man sie im vollen Lichte der Öffentlichkeit einmal arbeiten gesehen hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Dreiklassenwahlrecht.

Mit der Wahlrechtstaktik seiner freisinnigen Blockfreunde beschäftigt sich der freikonservative Herr v. Zedlig in einem längeren Artikel des „Tag“. Der Agent des Fürsten Bülow lobt die verantwortlichen Leiter der freisinnigen Gruppen, die „keine unfruchtbare Prinzipienreiterei“ treiben, sondern wissen, daß die Politik die Kunst des Erreichbaren ist. „Erreichbar“ ist aber nach der bestimmten Meinung des Herrn v. Zedlig nur, was die Zustimmung der konservativen findet. Darum rät er den freisinnigen Gruppen, zu einer „Versöhnung“ auf folgender Grundlage die Hand zu bieten:

Keine Wahlreform vor den allgemeinen Wahlen von 1908. Vornahme dieser Wahlen auf Grund des bestehenden Wahlrechts.

Volle Berücksichtigung des Grundbesitzes bei der Abstufung des Wahlrechts nach seiner staatsrechtlichen Bedeutung.

Keine neue Wahlkreiseinteilung, sondern sehr beschränkte Verneuerung der Abgeordneten, besonders vollzähliger Gemeinden.

Weibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe.

Verstärkung des Wahlrechts der jetzigen Wähler der dritten Klasse.

Herr v. Zedlig verrät nicht, ob er für diesen lauberen Plan der Zustimmung der Konservativen bereits sicher ist; wahrscheinlich soll auch davon noch etwas abgehandelt werden. Daß aber die beiden konservativen Gruppen im Prinzip dafür zu haben sind, kann man Herrn v. Zedlig ohne weiteres glauben; denn der Zedligsche Plan bedeutet weiter nichts als die Verewigung der konservativen Sunkerherrschaft in Preußen. Wohl sollen durch „Verstärkung des Wahlrechts der jetzigen Wähler dritter Klasse“ einige Sozialdemokraten zugelassen werden, während sich die Konservativen auf dem Lande durch ungleiche Wahlkreiseinteilung „Berücksichtigung des Grundbesitzes“ und öffentliche Stimmabgabe gegen alle Angriffe auf ihre Machtstellung sichern wollen. Möglich, daß die freisinnige Volkspartei dumm genug ist, auf diesen Plan hereinzufallen, die Nationalliberalen werden schwerlich für ihn zu haben sein, denn durch seine Verwirklichung würden sie eine Reihe von Eigen an das Zentrum verlieren, ohne daß sie irgend einen Gegenwert erhielten und ohne daß ein Mensch dadurch zufriedengestellt würde.

Der Plan des Freiherrn v. Zedlig ist weiter nichts als eine Falle, in die der Freisinn zum Gelächter der ganzen Welt hineintappen soll und in die er auch hineintappen muß nach den Grundsätzen jener glorreichen Taktik, die ihn zur Zurückziehung seines Wahlrechtsantrags veranlaßte.

Wer nicht ganz vernagelt ist, müßte freilich in den letzten Zeilen der Zedlig-Epistel den schneidenden Hohn fühlen, mit welchem der in politischen Geschäften vielgewandte Freiherr seine freisinnigen Blockbrüder behandelt. „Grundbesitzlich“ und „vollzähllich“ für das gleiche Wahlrecht einzutreten, bleibe dem Freisinn „natürlich unbenommen“, nur werde er sich — wenigstens im Abgeordnetenhaus — maßvoll ausdrücken müssen, um die konservativ-liberale Paarung nicht zu stören. Herr v. Zedlig schließt:

Daß die Presse stärkere Töne anschlägt, ist weniger bedenklich. Solches Zuckerbrot wird man den ... Lesern der freisinnigen Presse auch ferner noch bieten müssen, damit sie guter Laune und bei der Stange bleiben.

Herr v. Zedlig rät dem Freisinn, den schmutzigsten Verrat mit der schäblichsten Demagogie zu verbinden, um eine den Konservativen genehme, den Freisinnigen aber eher schädliche als nützliche „Wahlreform“ zustandebringen zu helfen!

Aber, verdient der Freisinn eine bessere Behandlung? Wer vorgibt mit dem konservativ-liberalen Block gegen die Sozialdemokratie für das gleiche Preußenwahlrecht kämpfen zu wollen, ist ein Dummkopf oder ein Betrüger oder beides zugleich. Herr v. Zedlig erklärt, daß seine Sippe in ihrer Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht bestärkt worden sei durch die „Ankündigung des „Vorwärts“, daß die Sozialdemokratie wieder für die Einführung dieses Wahlrechts in Preußen aktiv eintreten werde“. Darauf wird man es wohl ankommen lassen müssen. Denn die Vorgänge der neuesten Zeit lehren mit handgreiflicher Deutlichkeit, daß ein sehr aktives Vorgehen der Sozialdemokratie notwendig ist, um das preussische Volk von der Schmach der Rechtslosigkeit zu befreien.

Der einfache Mann aus der Werkstatt und Dr. Karl Peters.

Der einfache, schlichte Mann der Werkstatt, der die deutsche Arbeiterschaft im Reichstage nach Wilhelm II. vertreten soll, ist jetzt in München gefunden worden. „Ein einfacher, schlichter Arbeiter“, so erzählte der Verteidiger des Dr. Peters, Rechtsanwalt Kosenenthal, „ist dieser Tage an Dr. Peters herangetreten, hat ihm die Hand gedrückt und gesagt: Herr Doktor, ich bin Sozialdemokrat, aber ich muß sagen, Sie haben sich glänzend gerechtfertigt.“ Vielleicht ist dieser Sozialdemokrat noch ein alter Bekannter des Dr. Peters aus der Zeit, wo der talentvolle Welt-eroberer an die Spitze der Sozialdemokratie treten wollte. Dr. Peters würde sich den Dank der Nation erwerben, wenn er seinen Münchener sozialdemokratischen Freund zum Zeugen erkläre würde. Er wird ihn dann hoffentlich besser behandeln wie seinen Freund Pechmann.

Der Reichslügenverband an der Arbeit.

Bekanntlich hat der Vorsitzende des Reichslügenverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Major v. Liebert im Reichstage seinerzeit angekündigt, Arbeiter-Organisationen zu gründen, die der Sozialdemokratie „im Nacken sitzen“ und ihrem Vordringen Abbruch tun sollen. Im Frühjahr hat denn auch bereits eine Konferenz „vaterländisch“ gesinnter Arbeiter in Hamburg stattgefunden, in welcher die Gründung einer gelben Gewerkschaft beschlossen und dem Kaiser ein Jubiläumstelegramm geschickt wurde. Mit diesen 37 dort vertretenen Vereinen, deren Mitgliederzahl zudem eine kaum nennenswerte sein dürfte, konnte der Reichsverband, der hinter dieser ganzen Masche steht, und der, wie aus der Veröffentlichung eines Geheimzirkulars von ihm durch den „Vorwärts“ hervorgeht, diese vaterländische Organisation „in der Hand zu halten“ beabsichtigt, nicht viel anfangen. Will er, wie es in dem Zirkular weiter heißt, seine Absicht, „einen Keil in die sozialdemokratische Organisation zu treiben“, verwirklichen, so muß er überall Vereine zu gründen versuchen. Am Niederrhein hat der Reichsverband nun einen solchen Versuch unternommen. Daß er dabei gezwungen war, unter falscher Flagge zu gehen, ist bei der allgemeinen Wertschätzung, die man dieser Unternehmungsgründung der Verlogenheit allgemein entgegenbringt, sehr verständlich. Deshalb ist ein gewisser Peter Schmitt in Rheind. vom Reichsverband vorgeschoben worden, um eine Broschüre gegen die Sozialdemokratie, in welcher auch zur Gründung eines nationalen Arbeitervereins aufgefordert wird, mit seinem Namen zu decken. Herr Peter Schmitt, der vor Jahren übrigens eine Zeitschrift „Kaffierer der Zahl“ in der Zeitschriftenverlagsanstalt in M.-Gladbach war, versichert zwar in der Einleitung, daß er das Werkchen selber geschrieben habe, aber wenn dies wahr ist, so hat ihm der Reichsverband die Vorlagen geliefert, denn wortwörtlich sind die Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie den Flugblättern und sonstigen Veröffentlichungen des Reichsverbandes entnommen. Was da gesagt wird, ist hundertmal widerlegt. Von Interesse ist jedoch, wie sich Herr Peter Schmitt und seine Hintermänner den Ausbau ihrer gelben Gewerkschaften denken. An ihrer Spitze sollen nur Männer stehen, „die nicht auf Kosten der Arbeiter leben wollen“. „Auch sollen“, so heißt es weiter, „die nationalen Arbeitervereine keine hohen Beiträge erheben, welche doch nur eine schwere Last für den Arbeiter sind, und wofür er doch fast gar nichts hat. Im nationalen Arbeiterverein soll nur ein bescheidener Monatsbeitrag geleistet werden, wofür eine Arbeiterzeitung, die ihn über alles Wissenswerte auf sozialem und politischem Gebiete unterrichtet, geliefert wird.“ — Das ist des Pudels Kern! Die Beiträge sollen nicht höher sein, als daß sie gerade zur Bezahlung der den Mitgliedern gelieferten Zeitung, die sie auch in politischer Beziehung „aufklärt“, ausreichen. Welcher Art diese Aufklärung sein wird, braucht nach dem Inhalt der Sudelschrift nicht erst gesagt zu werden.

Noch ein Hunnenpastor.

Wer von der Kolonialpolitik ist, geht daran moralisch zu Grunde. Das haben wir an dem ehemaligen Pastor Naumann erlebt, der sich den Namen Hunnenpastor erwarb, weil er zur Zeit des Chinakreuzzuges die Auf-fassung vertrat, daß es den deutschen Truppen geflattet sein müsse, gefangene Chinesen, deren Transport unmöglich sei, einfach über die Klinge springen zu lassen. Herr Naumann ist im Privat-leben sicher kein Barbar, aber seine weltpolitischen Schrullen zogen ihm damals einen solchen Anfall der moralischen Insanität zu, daß er, der Theologe, die politische Hunnen-moral proklamierte.

In ähnlicher Seelenverfassung befand sich offenbar Herr Naumanns theologischer und nationalsozialer Kollege, der Lic. theol. Rohrbach, als er in der letzten Nummer der „Silber“ für das bestialische Herrenmenschen-tum des Peters eine Lanze brach. Herr Rohrbach feiert den Peters als den Gründer Deutsch-Ostafrikas, entschuldigt seine Grausamkeiten und versteigt sich dabei zu folgenden Sätzen:

Man kann gegen die innere Stellung, die Gemüts-verfassung, mit der Peters sich öfters in seinen Werken über die Eingeborenen und das Eingeborenensproblem in Afrika äußert, sowohl aus Gründen des persönlichen Empfindens als auch aus praktischen Erwägungen ganz ausgeprochene Bedenken haben; aber es ist darum doch ekelhaft und kleinlich, zumal von Leuten, denen nie der Gedanke gekommen ist, ihr Leben in Afrika, sei es an eine nationale Aufgabe, sei es auch nur an die Befriedigung persönlicher Ehrgeizes zu legen, sich über Peters sittlich zu entrüsten, weil er zur Aufrechterhaltung seiner Autorität als Expeditionsführer gegen einen unverschämten Dorf-häuptling, einen diebstahlsüchtigen Diener und ein schwarzes Freudenmädchen mit Pul-ver und mit dem Strick durchgegriffen hat. Der größte Fehler, den man in Afrika den Eingeborenen gegenüber begehen kann, ist unter allen Umständen eine Handlungsweise, die jenen als Schwäche erscheint. Sowie diese Gefahr vorliegt, gilt in Wahrheit der Satz: Lieber etwas Blut vergießen vor-beugend als hinterher ein Ge-mehel großen Stills unter den Eingeborenen oder der Untergang der ganzen

Expedition, wenn der durch die gezeigte Schwäche heraufbeschworene Angriff der Wilden kommt. Wenn Peters nicht stets nach diesem Grundsatz gehandelt hätte, so wäre er und seine Leute weder vom Viktoriassee noch vom Kilimandscharo je zurückgekommen — aber er könnte sich ja dann im Jenseits damit trösten, daß ihn niemand einen „seligen Mörder“ nennen darf. Und wir hätten höchstwahrscheinlich keine Kolonie Deutsch-Ostafrika.“

Man erkennt an den Fällen Naumann und Rohrbach, deutlicher noch als am Falle Peters selbst, welche ent-sehliche Kulturgefahr die weltpolitische Raub-politik unseres Kapitalismus darstellt. Der Wille zur Kolonialpolitik verwandelt selbst die harmlosesten Menschen, die unter anderen Umständen wackere Pastoren geblieben wären, in Verfechter der zügellosesten Kon-quistadoren-moral! Denn vom Standpunkt des „vorbeugenden“ Blutvergießens waren die bei ihren Raub- und Eroberungszügen noch ganz gescheiterten Cortes und Pizarro, deren Namen die zivilisierte Welt mit Schaudern nennt, humane Kolonisatoren und untadelige Ehrenmänner!

Weder Suppe noch Fleisch.

Der Liberalismus ist am Verhungern. Die herrlichsten Gerichte steigen aus der Bülow'schen Gedankenküche auf. So sehr die Herren aber schnuppern und winseln, sie bekommen nicht den kleinsten Knochen vorgeworfen. Doch! Eine Würstchen haben sie verspeisen dürfen: Der freisinnige Landtagsabgeordnete und verflozene Vizepräsident des Reichstags, Reinhold Schmidt-Eberfeld, hat, wie schon kurz berichtet, den Kommerzienratstitel nebst einem Glückwunsch-telegramm des Fürsten Bülow erhalten. Ein Telegramm des deutschen Reichskanzlers zum — Kommerzien-ratstitel! Nächstens bekommt der freisinnige Nach- wächter Hieronymus Dunkelmeier auch noch ein Kanzler-telegramm, weil seine Frau sieben gesunde Ferkel zur Welt gebracht hat.

Es gibt aber „Schwarmgeister“ unter den liberalen Hungerkünstlern, die das Fasten satt bekommen haben. Diese verschrobenen Querköpfe nörgeln in geradezu polizei-widriger Weise an der „liberalen Ara“ herum. Einer dieser Schwarmgeister, der im „Berl. Tagebl.“ sein Wesen treibt, murr:

„Die Taktik der Bülow-Prophezen und Bülow-Philoso-phen geht mehr oder weniger bewußt dahin, den deut-schen Liberalismus zur Bescheidenheit zu erziehen. Daß er in den letzten Decennien nichts vom Regierungs-tische abbekommen hat, das geben sie bereitwillig zu. Aber sie ziehen daraus die Folgerung, daß er auch in Zukunft nichts bekommen soll. Er soll zwar dafür sorgen, daß ordentlich aufgetragen wird. Die „nationalen For-derungen“ laufen ja mehr oder weniger darauf hinaus, den Tisch der Regierung recht reichhaltig zu bestücken. Er soll auch mit am Tische sitzen dürfen; nur soll er sich nicht einfallen lassen, mitessen zu wollen. Eine beständige Drohung der Freundschaft und Genossenschaft lautet: Wenn der Liberalismus nicht artig ist, dann verliert er seinen Platz am Tische; dann kommt das Zentrum oder gar die Sozialdemokratie. Diese Parteien aber langen zu.“

Wer möchte sich einer solchen Argumentation entziehen? Der Liberalismus darf nichts bekommen, damit Zentrum und Sozialdemokratie auch nichts bekommen. Es ist höchste Weltvernunft, daß die Konservativen allein essen. Für den Liberalismus ist es schon eine hohe Ehre, daß er mit am Tische sitzen und zu- sehen darf, wie es den Konservativen schmeckt.

Es ist drollig, zu beobachten, wie behaglich sich manche Parlamentarier in dieser Rolle des stummen Zuschauers bei den konservativen Schmausereien fühlen. Ihnen genügt die Ehre, Tisch- und regierungsfähig zu sein; sie sind in ihres nichts durch-bohrendem Gefühl davon aufs innigste durchdrungen, daß wir mit der Blockpolitik nicht etwa in eine liberale Ara eingetreten sind.

Die Versuche, den Liberalismus zur Bescheidenheit zu erziehen, datieren nicht von heute und gestern. Man hat schon längst darüber gepocht, daß der Liberalismus „immer Fisch und keinen Braten, keine Knäbel in der Suppe“ bekommt. Damals klagte man: „Niemand schmeckt dem Liberalismus nicht. Unter dessen hat sich der Liberalismus dem neuen Kurse akklimatisiert. Er fühlte es schon als Hochgenuss, die Speisekarte durchzusehen zu dürfen, die von den reaktionären Parteien heruntergelesen wird. Wir sind mit der Blockpolitik nicht in eine liberale Ara eingetreten, und die Regierung hat keinerlei Zugeständnisse nach dieser Richtung hin zu machen.“ so dozieren Herr Freytag. Weder Suppe noch Fleisch! Das ist der Weisheit letzter Schluss.

Das Revirement in der Regierung hat, soweit es noch erforderlich war, die Probe auf das Exempel gegeben. Für den Liberalismus fiel nichts ab; nicht das kleinste Stückchen Fleisch war für ihn übrig. Die Be-setzung der Regierung ist etwas, das Kaiser, Kanzler und Konservative unter sich abmachen. Der Libe-ralismus wusch sich unterdessen vergnügt und teilnahmshoch den Mund.“

Lassen wir sie wischen.

Bei der Reichstagsersatzwahl

im Wahlkreise Mittelfranken 5, Dinkelsbühl, wurde Niederlöhner (Konf.) mit etwa 1200 Stimmen Mehrheit gewählt.

Landtagsnachwahl in Bayern.

Bei der gestern stattgehabten Nachwahl zum baye-rischen Landtage im Wahlkreise Nürnberg VI wurde Ge-nosse Kollwagen mit 4576 Stimmen gewählt. Gegner beteiligten sich nicht an der Wahl.

Herr Dr. Otto Freytag

will Frau Kanjer verklagen. Er wartet, wie er der „Post“ mitteilt, nur den authentischen Wortlaut der Aussagen der Frau Kanjer in München ab, um dann in einer Erklärung dazu Stellung zu nehmen und gleichzeitig der könig-lichen Staatsanwaltschaft die Angelegenheit zu unterbreiten, da es sich um zwei sich gegenüberstehende be-schworene Zeugenaussagen handelt, von denen nur eine richtig sein kann. Wenn Herr Freytag sich nur nicht nach-träglich noch befindet!

Bulgarien.

Das Urteil gegen die Mörder des Ministers Petrow.

Petrow wurde wegen Mordanschlags zum Tode, Chranow wegen Vorsehensleistung zu lebenslänglichem schweren Kerker, Skonomow zu 15 Jahr schweren Kerkers

verurteilt. Gerow wurde freigesprochen. Der Präsident teilte mit, die Verurteilten hätten das Recht, binnen 24 Stunden die Gnade des Fürsten anzufordern. Petrow er-klärte, keinen Gebrauch davon machen zu wollen. Skono-mow und Chranow nahmen das Urteil mit Lächeln, die Verteidiger, Journalisten und die übrigen bis zum Schluss gebliebenen Neugierigen mit Genugtuung auf. Agura, der erste Anwalt des Kriegskassations-Gerichts, begibt sich nach Ungarn, um dem Fürsten das Todesurteil gegen Petrow vorzulegen.

Portugal.

Staatsstreik. Über London meldet ein Telegraphen-bureau folgende aufsehenerregende Mitteilungen: In Lissabon stehen alle Truppen unter Waffen. Noch größerer Aufruhr wird erwartet. König Carlos hat die Diktatur verkündet. Das kürzlich vollzogene ungesetzliche Darlehen des Staatsschatzes an den königlichen Haushalt im Betrage von 400 000 Pfund, welches Pamp sich der König frech erschlichen hatte, ist durch einen Beschluß „legalisiert“ worden. Auch die Zivil-liste hat man um ein beträchtliches vermehrt (!!). Die monarchistischen Führer benachrichtigten den geldstich-tigen König, wenn die Diktatur fortbestände, würden ihre Anhänger sich mit den Republikanern ver-einigen. Carlos erwiderte mit der Ermächtigung von Franco, sobald er es für notwendig halte, das Kriegs-gesetz zu verkünden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 5. Juli.

Ein aufständiger Gegner. In der gegenwärtigen Zeit, wo die gesamten bürgerlichen Parteien bemüht sind, die So-zialdemokratie durch Lügen und Verleumdungen zu „ver-nichten“, ist es wohl am Platze, eine kleine Reminiszenz an einen aufständigen Gegner, an den Sonntag in Hamburg verstorbenen Herrn Fr. von Kappard, wiederzugeben. Es war zur Reichstagswahlzeit des Jahres 1898. Auch da-mals wurde von allen Seiten heftig um den Sieg gekämpft, wenn auch vielleicht mit weniger unanständigen Mitteln, als es bei der letzten Reichstagswahl seitens des Reichslügen-verbandes und der von ihm ausgehenden Parteien der Fall war. Am Sonntag, den 12. Juni 1898, fand nun in Gütin eine Versammlung zugunsten des freisinnigen Kandidaten, Oberamtsrichters Vargmann, statt, in der zunächst ein Herr Dr. Braack aus Schwartau ein viertelstündiges konfuses „Referat“ hielt, das er unter dem stürmischen Gelächter der Anwesenden abbrechen mußte. Nach dem Verichte des „Lübecker Volksboten“ über die Versammlung kam dann Herr Friedr. v. Kappard aus Hamburg zum Wort, der sich für das Koali-tionsrecht, für den Hamburger Hafenarbeiterstreik, für die Handelsverträge und das bestehende Wahlrecht in offener und blindesten Weise aussprach, was bei den anwesenden Arbeitern lauten Beifall, bei den bürgerlichen Herren aber Murren zur Folge hatte. Der Redner gewährte auch sofort, daß nur bei den anwesenden Arbeitern ein Verständnis der ganzen politischen und wirtschaftlichen Zustände vorhanden war, weshalb er seine Ausführungen nach der von denselben besetzten Saalseite richtete. Es geschah dies in so anständiger und vernünftiger Weise, daß ihn die Herren vom Vorstande-tisch jedenfalls lieber dahin gewünscht hätten, wo der Besser-wächter. In der Diskussion sprach Genosse Wissell, damals noch in Kiel, und zwar erhielt er, wahrscheinlich auf Ver-langen des Herrn v. Kappard eine halbe Stunde Redezeit, während sonst nur eine Viertelstunde bei den freisinnigen üb-lich war. Als W. einige Zeit gesprochen hatte, wollte ihm der Vorsitzende das Wort abschneiden mit der Begründung, daß die halbe Stunde bereits verstrichen sei; da war es von Kappard, der dem Herrn entgegentrat mit der Be-merkung, daß noch einige Minuten an der bewilligten Rede-zeit fehlten. Wissell konnte denn auch weitersprechen. Al-schließlich Herr von Kappard auf die Frage, wie er sich im Falle einer Stichwahl zwischen Semler (W.) und dem Ge-nossen Hug verhalten würde, antwortete: „In solch einem Falle gehört meine Stimme allemal dem Sozialdemokraten“, da braufte von seinen der Besessenen ein „Sturm der Ent-rüstung“, von seinen der Arbeiter ein lautes „Bravo“ durch den Saal. Dem Fasse wird es aber den Boden wohl aus-geschlagen haben, als Herr von Kappard — ein Gegner, der betriebs persönlich wie politischen Anstandes himmelhoch über der ganzen hiesigen Freisinnstique steht — von der Bühne herunterstieg und sich in un-gezwungenster Weise zum Genossen Wissell an den Tisch setzte, um sich mit demselben über einige Fragen per-sönlich auseinanderzusetzen. Solch eine Toleranz ging den Herren vom Vorstande-tisch offenbar doch zu weit; sie schlossen schnell mit dem obligaten Kaiserhoch die Versammlung. — Wie bereits gesagt, entnehmen wir vorstehende Angaben einem uns f. B. aus Gütin zugesandten Versammlungsbericht. Galt damals schon Herr von Kappard als ein weißer Hahn unter seinen Gesinnungsgenossen, so ist diese Gattung mit ihm jedenfalls jetzt ganz ausgestorben. Wir lassen unsern politischen und wirtschaftlichen Gegner stets Gerechtigkeit widerfahren, wenn er ehrlich, freimütig und anständig für seine Sache kämpft; aus diesem Grunde bringen wir auch die obige Erinnerung an Friedrich von Kappard.

Personalien. Der Senat hat die Landmesser F. W. Chr. Henderdick und W. E. Wilde zu Vermessungsingenieuren, bei dem Katasteramt, ferner den Kartierer B. R. Hante, den Kartierer und Hilfsgeometer F. H. Meenen, den Kataster-zeichner A. H. Köhler, die Hilfsgeometer G. F. Köhler und A. R. Lutz, sowie den Kartierer C. A. F. Hader zu Kataster-geometern ernannt und als Tag des Dienstantritts den 1. Juli 1907 festgesetzt.

Revision der Maße, Gewichte und Wagen. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß am 30. und 31. Juli und 2. und 3. August in den Ortshäusern Schön-böcken, Krempelsdorf, Borwerk, Trems, Dissa, Curau, Maltendorf, Krumbach, Moisting, Geniu, Mendorf, Reede, Moorgarten, Padelage und Rothebeck des hiesigen Land-gebiets und hieran anschließend von August bis November d. J. in hiesiger Stadt (Jakobi- und Johannisquartier) eine Revision der Maße, Gewichte und Wagen stattfinden wird.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Juni in 148 Fällen gemeldet; davon entfielen auf Malaria 98 (2 tödlich), Scharlach 25, Diphtherie 19, Typhus 5 (2 tödlich) und Granulose 1.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 8. Juni folgende Seeschäden gemeldet worden: Gestrandet 36 Dampfer, 9 Segler, zusammen-gefloßen 48 Dampfer, 16 Segler, Rothafen angelassen 5 Segler, Maschinenschaden 14 Dampfer, durch Eis beschädigt 1 Dampfer, 2 Segler, durch Feuer beschädigt 9 Dampfer, durch schweres Wetter beschädigt 8 Dampfer, 8 Segler, ver-schiedene Ursachen 7 Dampfer, 2 Segler, verschollen 1 Dampfer, 1 Segler, gesunken 1 Dampfer, verlassen 3 Seg-ler, kondemniert 2 Segler, zusammen 128 Dampfer, 48 Segler.

Gewerbe-Anmeldungen für die Monate April, Mai und Juni 1907: Agenten 2, Architekten 2, Kunstst.- und Antiquar.-Händler 1, Bäcker 5, Bierbrauerei-Fabrikanten 1, Brothändler 1, Buchhändler 2, Drahtgitter-Fabrikanten 1, Drechsler 1, Drogerien und Farbenhändler 2, Fahrradhändler 1, Fettwaren- und Flaschenbierhändler 3, Feuerversicherungs-Agenten 3, Flaschenbierhändler 3, Feilsche 1, Friseur 5, Fuhrwerkbesitzer 3, Gärtner 2, Gastwirte 4, Glaspfandhändler 1, Glaser 1, Grünwarenhändler 1, Haarmittelverfertiger 1, Händler 10, Kaufmann 1, Kaufleute 25, Kaufmännische Agenten und Kommissionäre 2, Kolonialwaren- u. Flaschenbierhändler 3, Kleiderreinigungs- u. Wäscheanstalten 1, Klempner 2, Konditor 1, Krämer und Flaschenbierhändler 6, Kranzhändler und Blumenhändler 1, Kunst- und Handelsgärtner 2, Maler 4, Maler 3, Maurer und Baunternehmer 2, Milch- und Butterhändler 2, Modellbauer 1, Musiklehrer 1, Patentverwertungsburgundhaber 2, Pensionatsinhaber 1, Photographen 1, Schönwitzer 11, Schlachter 2, Schlosser 1, Schmiede 2, Schneider 2, Schuhmacher 7, Seltenerwaren- und Brauereifabrikanten 1, Spieltheater 1, Tapeziere 1, Tischler 3, Trödler 3, Vertrieb von Patent-Gummifugen 1, Wälder 1, Zigarren- und Tabakhändler 2, Zusammen 156.

Die Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß giftiger Pilze sind in den meisten Fällen einander sehr ähnlich. Sie beginnen etwa 4 bis 5 Stunden nach der Mahlzeit, bei sehr großen Mengen auch früher. Die ersten Anzeichen sind Übelkeit, Leibschmerzen und Erbrechen. Bei schweren Fällen schließen sich dann Schwindel, Schwindelgefühl, Krämpfe in verschiedenen Muskelgruppen und zuletzt noch Delirien an. Die erste Sorge, wenn man eine Pilzvergiftung vermutet, muß die sein, den Giftträger möglichst rasch aus dem Körper zu entfernen. Zu dem Zwecke bedient man sich, wenn noch nicht lange Zeit vergangen ist, der Magenpumpe, um diesen zu entleeren, in Ermangelung einer solchen genügt auch ein Brechmittel. Die Darmentleerung wird durch kräftige Abführmittel angeregt. Wegen des giftigsten Giftes, das des Amanitins, besitzend, die Medizin in dem Atropin ein wirksames Gegenmittel, das durch den Arzt unter die Haut eingespritzt wird. Dagegen kennen wir keine solchen direkten Gegenmittel bei den anderen Schwämmen, deren häufigster der Knollenblätterpilz ist.

Vom Schenken. Durch das Bürgerliche Gesetzbuch ist auch das Schenken geregelt. Hat jemand einem anderen ohne dessen Willen etwas geschenkt, so kann der Schenker ihn zur Erklärung über die Annahme auffordern. Im Falle der Ablehnung kann die Herausgabe des Zugewandenen, als eine ungerechtfertigte Bereicherung, gefordert werden. Zur Gültigkeit eines Vertrages, durch den eine Schenkung versprochen wird, ist die gerichtliche oder notarielle Beurkundung erforderlich. Der Schenker ist berechtigt, die Erfüllung eines schenkungsweise erteilten Versprechens zu verweigern, wenn er außerstande ist, das Versprechen zu erfüllen, ohne daß sein standesgemäßer Unterhalt oder die Erfüllung der ihm obliegenden Unterhaltspflichten gefährdet wird. Verweigert der Schenker arglistig einen Mangel im Rechte, das heißt wenn er zum Beispiel absichtlich verschweigt, daß die geschenkte Sache ihm gar nicht gehört, so ist er verpflichtet, dem Beschenkten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Ebenfalls zum Schadenersatz verpflichtet ist der Schenker, wenn er arglistig einen Fehler der verschenkten Sache verschweigt. Der Schenker kann die Wiederherausgabe des Geschenks fordern, soweit er außerstande ist, seinen standesgemäßen Unterhalt zu bestreiten und die ihm seinen Verwandten, seinem Ehegatten oder seinem früheren Ehegatten gegenüber bestehende Unterhaltspflicht zu erfüllen. Der Beschenkte kann jedoch im Besitze des Geschenkes bleiben, wenn er den für den Unterhalt erforderlichen Betrag zahlt. Der Anspruch auf Herausgabe des Geschenkes ist jedoch ausgeschlossen, wenn der Schenker seine Bedürftigkeit vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat, oder wenn bereits zehn Jahre seit der Schenkung verstrichen sind. Das gleiche gilt, soweit der Beschenkte außerstande ist, das Geschenk herauszugeben, ohne daß sein standesgemäßer Unterhalt usw. gefährdet wird. Eine Schenkung kann widerrufen werden, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verfehlung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen des Schenkers groben Unbegriffs schuldig macht. Ist jedoch seit dem Zeitpunkt, in dem der Schenker von der schweren Verfehlung erfahren hat, bereits ein Jahr verstrichen, oder hat er dem Beschenkten verziehen, so kann die Schenkung nicht widerrufen werden. Schenkungen, durch welche einer fiktionalen Pflicht oder einer auf den Zustand zu nehmenden Rückficht entsprochen wird, unterliegen nicht der Rückforderung und dem Widerruf. Dies gilt zum Beispiel für Geburtstagsgeschenke, für Hochzeitsgeschenke usw. Schenkungen, die ein Ehegatte dem geschiedenen, allein für schuldig erklärten anderen Ehegatten während des Bräutigams oder während der Ehe gemacht hat, kann er innerhalb eines Jahres widerrufen. Sind beide Teile für schuldig erklärt oder ist die Ehe wegen Geisteskrankheit geschieden, so steht keinem Ehegatten ein Widerrufsrecht zu. Wird ein Verlöbniß aufgehoben, so kann jeder Verlobte von dem anderen die Herausgabe seiner Verlobungsgegenstände (Ringe, Photographien usw.) und seiner Geschenke verlangen. Ist das Geschenk nicht mehr vorhanden, so kann man keinen Ersatz dafür verlangen.

pb. Eine mutige Tat. Am 4. d. Mts., etwa 10 Uhr vormittags, kam ein fährerloses, leichtes, zweisitziges Fuhrwerk vom Bahnhof her nach der Holstenstraße zu im starken Galopp. Im Gefahren für die um diese Zeit zahlreich die Holstenstraße passierenden Personen abzuwenden, sprang der Schutzmann Freitag dem Sattelpferde in die Äugel; nachdem er so einige Schritte mitgelaufen bzw. mitgeschleift worden war, stürzte das Pferd, wobei der Schutzmann mit zu Fall kam, so daß das Handpferd auch alsbald still stand. Abgesehen von verschiedenen Fleischwunden hat sich der Schutzmann erfreulicherweise keinen Schaden von Verletzungen zugezogen, so daß er wohl in etwa 14 Tagen seinen Dienst wieder aufnehmen kann.

pb. Eine Palme gestohlen. Ein Kaufmann brachte zur Anzeige, daß ihm in der Nacht zum 3. d. Mts. aus dem vor seinem Hause der Israelstädter Allee gelegenen Vorgarten eine Palme gestohlen worden sei.

pb. Diebstahl. Ein hiesiger Arbeiter, der auf dem Neubau des Zentral-Gefängnisses einen Maurerhammer sich angeeignet hatte, wurde zur Anzeige gebracht.

pb. Entwendete Pferdedecken. Am 3. d. Mts., nachmittags gegen 2 Uhr, wurden 2 Pferdedecken, welche auf den Pferden eines hiesigen Geschäftsführers lagen, gestohlen. Das Fuhrwerk, das in der Kanalstraße unterhalb der Glockengießerei vor einem Schuppen stand, war einige Minuten unbeaufsichtigt. Die beiden Decken sind blau mit gelben Streifen, der Rand ist mit gelbem Band eingefasst. Auf der Decke befindet sich mit rotem Band aufgenäht der Buchstabe „P.“

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkassette schreibt man uns: Sonnabend wird, wie schon mitgeteilt, die reizende Operette „Girofla-Girofla“ mit Max Schütz und Frau Direktor Biorowski zum letzten Male wiederholt. Sonntag geht neuinstudiert die Operette „Die Fleder-

maus“ von Strauß mit dem neuverpflichteten Komiker Walter Bräuner aus Dresden als Frant in Szene, während die Partie Rosalinde in den Händen von Frau Direktor Biorowski liegt. Die Herren Heydrich, Max Demuth, Rindolph und Fr. Voßler wirken in den übrigen größeren Rollen mit. Am Dirigentenpult erscheint Herr Kapellmeister Moritz vom Neuen tgl. Operntheater in Berlin als Gast.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Die morgige vollständige Vorstellung bringt eine einmalige Aufführung von Hermann Sudermanns „Die Ehre“. Um diesem Abend besonderen Reiz zu verleihen, hat Herr Hofkapellmeister Wahlberg sich bereit erklärt, den Grafen Trast-Saarberg zu spielen. Dieser Hinweis wird wohl genügen, das Haus bis auf den letzten Platz zu füllen, umso mehr, da der Eintrittspreis auf 50 Pfg. ermäßigt ist. Für Sonntag ist wieder eine der beliebtesten Doppelvorstellungen angelegt. Außer Shakespeares Lustspiel „Die Jähmung der Widerspenstigen“, mit Herrn Wahlberg in seiner hier bekannten Glanzleistung als „Betrachio“, gelangt noch Goethes entzückendes Schäferspiel: „Die Laune des Verliebten“ zur Darstellung.

Sauftheater. Aus der Theaterkassette schreibt man uns: Sonnabend findet, wie schon bekannt gegeben, ein einmaliges Gastspiel des Schauspielerpersonals des Stadttheaters statt. Zur Aufführung gelangt „Charleys Tante“ mit Herrn Rindolph in der Titelrolle.

Schwartau. Die hiesige organisierte Arbeiterkassette bezieht am Sonntag, den 7. Juli, ihr zweites Gewerkschaftsfest im herrlich gelegenen Rieselbusch. Als im vorigen Jahre zum ersten Male das Kartell, auf vielseitigen Wunsch, den Beschluß faßte, hier am Orte ein derartiges Fest zu arrangieren, war man mit Recht besorgt, ob es sich wohl der Mühe lohnen, die Kassen gedeckt würden und die Beteiligung eine erhebliche sein werde. Aber die Erwartungen wurden bei weitem übertroffen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man das vorjährige Gewerkschaftsfest als ein in jeder Beziehung gelungenes bezeichnet. Die Vorarbeiten sind in diesem Jahre, auf Grund der vorjährigen Erfahrungen, weit umfangreicher, so daß zu erwarten ist, daß auch die Beteiligung am Festzuge sich ganz bedeutend steigern wird. Auch den angestrichenen Gemütern, welche sich im vorigen Jahre noch scheuen am Zuge teilzunehmen, rufen wir zu: hinein in die Reihen, in die ihr gehört, neben eure Arbeitsbrüder! Die Auslösung der Reihenfolge der Gewerkschaften und Vereine beim Zuge ergab folgendes Resultat: 1. Radfahrverein „Freiheit“, 2. Sozialdemokratischer Verein, 3. Arbeiterturnverein „Eichenkranz“, 4. Geleianverein „Vormwärts“, 5. Verband der Zimmerer, 6. Fabrikarbeiter-Verband, 7. Geleianverein „Harmonie“, 8. Verband der Maurer, 9. Metallarbeiter-Verband, 10. Landarbeiterverband. Zum Schluß rufen wir allen denen, welche gern ein frohes Fest im Kreise von Gesinnungsgenossen und Arbeitsbrüdern miteiern, zu: Auf nach Schwartau zum Gewerkschaftsfest! Alle werden auf ihre Rechnung kommen.

Hamburg. Ein Schiff mit 7 Mann Besatzung gesunken. Am Sonntagabend gegen 10 Uhr sank in der Wiscau-See der im Schleppboot des Dampfers „Cordoba“ hängende, auf der hiesigen Werft von Schmiedel & Söhne neuverbaute und für den Dienst auf dem Amazonasstrom bestimmte Schleppdampfer „Sao Bento“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Die aus dem Kapitän See und sechs Mann bestehende Besatzung ist ertrunken. Die Ursache des Untergangs ist noch unbekannt.

Grabau. Bei Erdbarbeiten in der Kirchenstraße kamen verschiedene Schädel und Knochenreste zum Vorschein. Auf einem Schädel saß ein Helm. Der Verstorbene wird für einen Soldaten aus dem 30jährigen Kriege gehalten.

Barl. Wie ein Kapitel aus einem Roman mutet es einem an, wenn man von Höhlenbewohnern in unserer Nachbarschaft hört. Im Gehölz von Althöden fand man zwischen zwei Bäumen eine Leine gebunden, die dem Anschein nach zum Trocknen von Wäsche gedient hatte. Aufmerksam darauf gemacht, suchte man die Umgegend genau ab und entdeckte nun im dichten Tannenwald eine wohllich eingerichtete Erdhöhle. Sie ist etwa 2 1/2 Meter lang, 1 1/2 Meter breit und etwas über 1 Meter hoch. Über der Höhle lagen Tannenzweige und hierüber war Reisig und dickeres Laub gedeckt. Der Boden der Höhle war mit Laub gepolstert und zu einer Lagerstatt hergerichtet. Tassen und Kumpen stellten das Küchengeschick dar. Die Höhle liegt sehr verborgen. Kurz vorher hatte man einen verdächtigen Mann aus dem Gehölz heraustreten sehen, der ein Paket mit Kleidungsstücken, Pferdebedecken usw. mit sich führte. Bei seiner Verhaftung stellte es sich heraus, daß es der Arbeiter Georg Scholmann aus Althöden war, ein mehrfach mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch. Erst dieses Frühjahr aus dem Zuchthaus entlassen, hatte er sich vagabondierend herumgetrieben. Er war der Höhlenbewohner. Bei sich führte er ein Paket, das Silber- und Nischelachen und sonstige Kleingüter enthielt, die er sich bei seinen Streifzügen zusammengehohlet hatte. Auch die Schuhe und Kleidungsstücke, die er trug, waren gestohlen.

Delmenhorst. Bei der Reichstagsersatzwahl im 3. oldenburgischen Wahlkreis wurde anstelle des Reichsgerichtsrats Vurlage Graf v. Galen (3.) gewählt.

Schwerin. Im Sachsenberg-Prozess wurde am Donnerstag das Urteil gesprochen. Der Betriebsinspektor Schulte wurde wegen Bestechung zu 4 Jahren Zuchthaus (1 Jahr wurde auf die Unterhofschaft angerechnet), 5 Jahren Ehrverlust und 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt; die 36 109 Mk. Bestechungsgelder verfielen dem Staate. Der Kaufmann Will erhielt wegen Betrugs und Bestechung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust und 1500 Mk. Geldstrafe, der Hofschlächtermeister Will wegen derselben Delikte 2 Jahre 6 Monate Gefängnis (6 Monate gelten als verbüßt), 3 Jahre Ehrverlust und 2000 Mark Geldstrafe. Die Schreiber Müller, Hinzpeter und Brüdiger wurden wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gutsächter Baack wurde von der Anklage des Betruges freigesprochen, wegen Bestechung in 1500 Mk. Geldstrafe genommen.

Rostock. Tagelöhner eines Fürsten. Unser Rostocker Bruderorgan veröffentlicht einen Vertragsentwurf, den die Verwaltung des dem regierenden Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe gehörenden Guts Lietz bei Volendorf (in Mecklenburg) den Tagelöhnern zur Annahme unterbreitet hat. Nach diesem Vertrag dauert die Arbeitszeit in der Zeit vom 1. April bis 30. Sept. 14 Stunden, mit 2 1/2 stündigen Pausen (1 1/2 Mittag, je 1 1/2 Stunde Frühstück- und Vesperpause), in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März vom Anbruch bis Ende des Tages bei insgesamt 1 1/2 Stunden Pause. Bei dem Fein-, Rap- und Kornemahlen müssen die Leute auch über 8 Uhr hinaus solange arbeiten, bis der Vorgelegte Feierabend gebietet. Ebenso muß zur Erntezeit auf Verlangen der Herrschaft früher begonnen werden. Der Barlohn beträgt jährlich 265,20 Mark, abzüglich 20 Mk. Wohnungsmiete, insgesamt also 245,20 Mk. oder 4,71 Mark Wochenlohn. Für Kinderarbeit wird 40 Pfg. für den Arbeitstag gezahlt. Die Verwaltung hat sich eine Art Gesindezwangsdienst durch die Vorschrift geschaffen,

daß die schulpflichtigen Kinder ohne Genehmigung der fürstlichen Verwaltung nicht auswärts arbeiten dürfen. Auch die Frauen der Tagelöhner sind zur Arbeit verpflichtet. Sie erhalten 6 1/2 Pfg. Stundenlohn. Während der Erntezeit steigt dieser fürstliche Lohn auf 10 Pfg. für die Stunde. In dem § 2, der von den Bezügen der Tagelöhner handelt, heißt es charakteristischerweise: Der Tagelöhner erhält 5 Mk.:

„Die Verrechnung zur Haltung von zwei Zuchtschäufen mit deren einmaliger Aufzucht. Den Gänsen wird von der Prache und ein Teil der Stoppeln zur Weide bewilligt. Ein jeder Tagelöhner hat die zehnte Gans von der Aufzucht am Michaelistage an den Hof zu liefern. Maßgebend ist die Mitte August festzustellende Zahl, läßt sich diese Zahl nicht durch 10 teilen, so hat die Herrschaft das Recht, eine Gans resp. eine weitere Gans zu verlangen, wenn die überbleibende Zahl höher als 5 ist, zählt aber für die an der Zahl 10 fehlenden Gänse 60 Pfg. pro Stück, andernfalls zählt der Tagelöhner für die überbleibenden Gänse pro Stück 60 Pfg. an den Hof. Die Auswahl unter den Gänsen steht dem Hofe zu. Fremde Gänse darf keiner nehmen, auch um die Hälfte nicht, widrigenfalls der Betreffende in eine Konventionalstrafe von 5 Mark verfällt, auch diese Gänse sofort abschaffen muß.“

Für die Hofsänger sind Jahresprämien vorgesehen. Aber: „Die Bewilligung der Prämien erfolgt ganz nach dem Ermessen der fürstlichen Verwaltung und behält diese sich die freieste Verfügung darüber vor.“ Daß der Hofsänger dadurch zu einem völlig Unfreien wird, ist für jeden ersichtlich. Die modernisierte Leibeigenschaft auf dem Gute des regierenden Fürsten von Schaumburg-Lippe wird aber noch mehr offenbar durch den § 9, der von der „Aufnahme Fremder usw.“ handelt. Er lautet:

„Die Tagelöhner dürfen ohne Erlaubnis der fürstlichen Verwaltung fremde nicht zum Gut gehörende Leute nicht bei sich aufnehmen oder zur Nacht behalten. Auch bei Aufnahme von auswärtigen kommen den Kindern der Tagelöhner ist die Erlaubnis der fürstlichen Verwaltung einzuholen, ebenso darf der Tagelöhner seine schulpflichtigen Kinder ohne Genehmigung der fürstlichen Verwaltung nicht auswärts vermieten.“

Das ist Leibeigenschaft in aller Form. In Mecklenburg fällt dergleichen aber weiter nicht auf. Auf eine Demonstration gegen diesen Vertrag erhielten die Petenten folgende Antwort:

Fürstlich Schaumburg-Lippische Hofkammer.
Nr. II 736.

Mückeburg, den 4. Mai 1907.
Anlässlich der Immediateeingabe vom 19. April er. haben wir Ihnen, zugleich zur Mitteilung an die übrigen Unterzeichner, als Ergebnis unserer Prüfung der Angelegenheit zu eröffnen, daß sich durch den neuen Kontrakt niemand beschwert fühlen kann, schon deshalb, weil er niemandem aufgedrungen worden ist, vielmehr den einzelnen die freie Wahl gelassen worden ist, ob sie im bisherigen Verhältnisse weiterdienen oder den neuen Kontrakt annehmen wollten. Nachdem die fürstliche Zentralverwaltung einen Teil der in der Eingabe geäußerten Wünsche bei der endgültigen Feststellung des Kontraktes bereits berücksichtigt hat, können weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden. Obwohl eine gütliche Kündigung seitens der Unterzeichner auf den 24. Oktober d. J. nicht vorliegt, genehmigen wir doch, daß jeder, der gehen will, sich binnen 24 Stunden seinen Schein holen kann.

von Bülow.
Die Möglichkeit, daß ein solcher Vertrag bestehen kann, widerlegt hinlänglich das Märchen von der „Leutenot“. Die „Mecklenb. Volksztg.“ erinnert daran, daß dem Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe auch das Gut Mienhagen in Mecklenburg gehört. Als der Arbeiter Martens, der 40 Jahre lang auf dem Gute gearbeitet hatte, starb, erhielt seine Frau das Mientel, in 200 Kilogramm Roggen, 2 Fuder Holz, 65 Kuten Kartoffeln und 3 Mk. bar bestehend. Später wurde das Mientel in eine Rente von 60 Mark jährlich umgerechnet, kürzlich um 66 Mk. jährlich erhöht. Die alte Frau erhält also 18 Pfennige täglich zum Lebensunterhalt. Als Genosse Herzfeld diesen Fall am 29. Januar 1906 zur Sprache brachte, erwiderte der Staatssekretär Graf Rosadowsky, ein solcher Fall sei unmöglich und versprach Untersuchungen anzustellen.

Derartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse schreien dringend nach der Koalition der Landarbeiter, sie schreien ebenso dringend nach einer Verfassung für Mecklenburg, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht enthält. Sie erklären aber auch, warum die Agavieren — deren Reichskanzler Herr Bülow sein will — sich so sicher vor der Sozialdemokratie fühlen. Sie glauben, bei einer solchen Abhängigkeit der Arbeiter von ihnen werden diese nicht wagen, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Aber da irren sie sich gewaltig. Ein Weichen wirds freilich noch dauern, bis solche „fürstlichen Tagelöhner“ und Hofsänger sich frei zur Sozialdemokratie schlagen können. Aber kommen muß die Zeit, wo es geschehen wird. Die Zeit kommt mit derselben Notwendigkeit, mit der Eisenbahn und Telegraph in Mecklenburg ihren Einzug hielten.

Bremen. Zum Nachfolger des Genossen Stauffer, der am 1. Oktober von Bremen scheidet, ist der Genosse Emil Rauch gewählt worden. Genosse Rauch hat den ersten Kursus der Parteischule mit bestem Erfolg absolviert.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt
4. Juli.
Der Schweinehandel verlief gut. Zufgeführt wurden 1130 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 55—56 Mk., leichte 57 Mk. Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 50—55 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.
§. 14a. Die Notiz stammt aus dem Polizeibureau und dieses gibt den Namen des Betroffenen nicht an.

Quittung.
Für den Preßfond gingen ein:
Vom Dampfer „Silleborg“ Mk. 2.30
Von R. D. Waisänder „ 2.—
Summa Mk. 4.30
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargemeinde und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarh, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sommer-Ausverkauf

in

Schuhwaren.

Nur so lange Vorrat reicht.

Ein Posten	Baby-Stiefel weiss und farbig	75 Pfg.
Ein Posten	Kinder-Segeltuchstiefel	1 50 Mk.
Ein Posten	Damen-Salonschuhe Grösse 36 und 37	50 Pfg.
Ein Posten	Damen-Segeltuchschnürschuhe	2 00 Mk.
Ein Posten	Damen-Reiseschuhe	2 00 Mk.
Ein Posten	Damen-Beige-Stiefel sonst 12.00	jetzt 7 50 Mk.

Ein Posten	Tennisschuhe mit Gummisohle	1 00 Mk.
Ein Posten	Herren-Reiseschuhe	2 00 Mk.
Ein Posten	Herren-Zugstiefel	3 50 Mk.
Ein Posten	Herren-Schnürstiefel	3 50 Mk.
Ein Posten	Herren-Box-u.Chevr.Knopfstief.	9 50 Mk.
Goodyear-Well, sonst 14.00 jetzt		
Grosse Posten	Segeltuchschuhe in braun u. grau, m. Lederkappen u. Absätze	
	22/24	25/26
	1.40	1.60
	27/30	31/35
	1.75	2.00
	36/42	2.50

Auf sämtliche farbigen Waren Damen, Herren und Kinder **10%** Rabatt.

W. Blumenthal

Lübeck.

Kohlmarkt, Ecke Sandstraße.

Lübeck.

Hugo Haendler

95 Breitestrasse 95, Parterre u. 1. Etage

25 Breitestrasse 25

Ecke Pfaffenstrasse.

Total-Ausverkauf

sämtlicher Sommer-Schuhwaren

Einzelne Artikel werden an Wiederverkäufer abgegeben.

Bitte Fenster zu beachten.

Telephon 684.

Verkauf nur gegen bar.

Wiener Damen-Gemsleder-Schuhe 1 65 Mk.	Feine Damenstiefel mit Lackkappe 4 40 Mk. 4 90 Mk.	Kleine Kinder-Leder-Schuhe 40 Pfg.	Herren - Zugstiefel 3 60 Mk.	Damen-Stiefel echt Chevreaux braun, grau, weiss und farbig sonst 12.50 bis 18 Mk. jetzt 8 80 Mk.
Damen-Segeltuch-Stiefel und Schuhe 1 95 Mk.	Damen-Leder-Spangenschuhe 2 15 Mk.	Kl. Kinder-Stiefel Stoff und Leder 95 Pfg.	Herren-Schnallen-Stiefel 5 40 Mk. Her.-Schnürstiefel Hel. Chevr. 6 80 Mk. Boxkalf 7 60 Mk.	

Die Krankenversicherung im Jahre 1905.

Eines der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Fürsorgewesens ist die Arbeiterversicherung, und in dieser nimmt speziell die Krankenversicherung den ersten Platz ein. Die Aufgaben der Krankenkassen beschränken sich zwar auf die ärztliche Behandlung und geringe pekuniäre Unterstützung der Versicherten und eventuell ihrer Familienangehörigen, sowie auf die Bezahlung von Sterbegeld. Diese Unterstützungen sind das Mindeste, was der Arbeiter in seinen schwersten Tagen, in der Krankheit nötig hat. Ist es ihm doch schließlich unmöglich, von seinem kargen Lohn Rücklagen für solche Zeiten zu machen und die Versicherung gegen Krankheit bedeutet für den Arbeiter deshalb Bewahrung vor physischem Elend und Untergang.

Die vom Staate durch das Krankenversicherungsgesetz errichtete Versicherung bietet zwar nur zum Teil Ersatz für die erhöhten Ausgaben bei Krankheit und vorerst ist eine Änderung in dieser Beziehung nicht zu erwarten. Bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes war es der größte Mangel, daß die verschiedensten Kassenformen zugelassen wurden und daß die Möglichkeit des gleichzeitigen Bestehens unzähliger dieser Kassenarten nebeneinander gegeben ist.

Die Entwicklung der Krankenversicherung hätte einen ganz andern Verlauf genommen, wenn die vielen Kassen nicht infolge ihres meist geringen Umfangs zur Unfähigkeit verdammt wären und die Kassen sich untereinander nicht die schwerste Konkurrenz bereitet hätten. Die vom Gesetzgeber den Unternehmern gegebene Möglichkeit, nach Belieben Betriebs- oder Innungskrankenkassen zu errichten, hat ferner nachweislich schon oft Ortskrankenkassen verhindert, ihre Leistungen auszubauen. Die starke Dezentralisation und die vielerorts herrschende Kleinigkeitskrämerei verhindern eine zeitgemäße großzügige Krankenversicherungspolitik.

Auf die Dauer ist die ungeheure Zersplitterung der Kräfte in der Krankenversicherung nicht aufrecht zu erhalten, sie verhindert fortwährend die Ausgestaltung, Hebung und Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung und erweist sich allenthalben als Hemmschuh. Das zeigt sich auch bei der Zusammenstellung der Ergebnisse der Krankenversicherung, die das reichhaltigste Material enthalten, das jedoch infolge Fehlens einer einheitlichen Leitung nur mangelhaft und verspätet zusammengestellt wird.

So erscheinen jetzt nach Ablauf von 1 1/2 Jahren erst die Ergebnisse der Krankenversicherung für 1905, in dem zweiten „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs.“

Nach den dort enthaltenen Angaben betrug Ende 1905 die Gesamtzahl der bestehenden Kassen 23 127. Seit drei Jahren hat die Zahl der Kassen bzw. Kassen eine Abnahme erfahren, die im Berichtsjahr 66 beträgt. Die Zahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres betrug 11 184 176, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr betrug rund 474 000. Die Zahl der Mitglieder bei den Kassen, für die ein spezialisierter Nachweis überhaupt nicht gegeben ist, wird etwa 720 000 betragen. Die Mitgliederzunahme trifft hauptsächlich, wie schon seit Jahren, die Ortskrankenkassen diesmal mit 299 000 Personen, die Betriebskrankenkassen nahmen im Berichtsjahr zu um 142 000, die Innungskrankenkassen um 15 000, die Gemeindekrankenkassen um 11 000 und die eingeschriebenen Hilfskassen um 5000 Personen.

Die in den letzten Jahren erfolgte Abnahme der Kassen und die Zunahme der Mitglieder stellt sich wie folgt:

	Zahl der Kassen	Zahl der Mitglieder	Zunahme der Mitglieder
1901	23 064	9 641 742	—
1902	23 214	9 858 066	216 000
1903	23 271	10 224 287	366 281
1904	23 193	10 710 720	486 428
1905	23 127	11 184 476	474 000

Die Zunahme der Mitglieder war im Berichtsjahr nicht so stark wie im Jahre 1904, immerhin aber erheblich stärker als 1903 und 1902.

Der Gesundheitszustand der versicherten Personen hat auch im Jahre 1905 wieder eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit und die Zahl der Krankentage sind gegen das Vorjahr nicht nur absolut, sondern auch relativ gestiegen. Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 4 451 448, die Zahl der Krankentage 88 082 296. Die absolute Steigerung der Erkrankungsfälle und Krankentage, wie sie in den letzten Jahren eingetreten ist, zeigt sich aus folgender Zusammenstellung:

	Zahl der Erkrankungsfälle	Zahl der Krankentage
1901	3 617 022	66 652 488
1902	3 578 410	57 877 087
1903	3 782 620	71 726 598
1904	4 229 177	83 259 967
1905	4 451 448	88 082 296

Die Zahl der Erkrankungsfälle ist demnach im Berichtsjahr gegen 1901 um 834 426 = 23 Proz. größer gewesen, die Zahl der Krankentage stieg um 2,14 Millionen oder um 32 Proz. Die Steigerung tritt ebenso deutlich in Erscheinung bei Umrechnung der Krankheitsfälle und Krankentage auf einen Versicherten. Nachstehende Tabelle enthält diese Angaben und zugleich einen Überblick über die Krankheitskosten und Verwaltungskosten pro Kopf der Mitglieder. Es entfallen auf je ein Mitglied

	Erkrankungsfälle	Krankentage	Krankheitskosten M.	Verwaltungskosten M.
1901	0,38	6,91	16,94	1,07
1902	0,36	6,83	17,02	1,11
1903	0,37	7,02	17,69	1,16
1904	0,39	7,77	19,97	1,27
1905	0,40	7,88	20,76	1,27

Das Jahr 1905 übertrifft wieder alle seine Vorgänger sowohl im Hinblick auf die Erkrankungsfälle als der Krankentage und Krankheitskosten.

Die Verwaltungsausgaben, die insgesamt 14 167 326 Mark betrugen, sind pro Kopf des Mitgliedes im Berichtsjahre dieselben geblieben, einzelne Kassenarten verzeichneten jedoch eine Steigerung, so die Innungskrankenkassen von 2,21 Mk. auf 2,27 Mk. pro Mitglied, die eingeschriebenen Hilfskassen von 2,24 Mk. auf 2,31 Mk., bei den Ortskrankenkassen haben sich die Verwaltungskosten etwas verringert (von 1,96 Mk. auf 1,95 Mk. pro Mitglied.)

Die ordentlichen Einnahmen der Krankenkassen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Erbschaften, sonstige Einnahmen) betrugen 266 912 673 Mk., darunter an Beiträgen und Eintrittsgeldern 250 351 868 Mk.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Erbschaften, Verwaltungskosten usw.) beliefen sich auf 235 853 376 Mk., darunter Krankheitskosten 232 243 886 Mk., welche sich verteilen auf

ärztliche Behandlung	53 113 137 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	34 634 237 M.
Krankengelder	102 816 985 M.
Schwäger und Wöchnerinnen	4 678 893 M.
Sterbegelder	6 350 639 M.
Anstaltsverpflegung	30 585 404 M.
Fürsorge für Rekonvaleszenten	164 601 M.

noch viel mehr. Recht unvorsichtig war's ja von dem Alten, daß er ihren Groll schürte, denn Antje mußte ihn austragen. Der Mutter aber fielen erst heute die Schuppen von den Augen und es ward ihr sonnenklar, daß ihr Mädchen dem verhassten Findling am Tage seiner Heimkehr entgegengegangen. Wie hatte sie sich an jenem Morgen aufgepußt, und wie bösig war sie selbst gewesen, daß sie die Hinterlist nicht gemerkt!

Abfichtlich hatte sich Hindrick Niemann dem Lebermann'schen Krug mehrere Tage fern gehalten; heute aber trat er fast an der Seite seines Vaters in die Silberstube unter die Stammgäste. Wohlgefällig haften sofort aller Augen auf den schmucken Jüngling in der feinen blauen Kleidung eines ersten Steuermannes. Wetter, wie stand ihm das!

Freundlich blinzelte er, nachdem er sich zu den Jungen gesellt, seiner Antje einen Gruß zu; von deren Mutter nahm er vorerst keine Notiz, über des Mädchens holdes Gesichtchen flog eine Blutwelle, lodernder Grimm dagegen blickte aus Frau Mariets Auge. Mit verächtlichem Blick maß sie den Findling und fand zu ihrem größten Verdruss die Behauptung bestätigt, daß er im Dorf der Schmutzste sei. Als Hindrick im Rundgang von Hand zu Hand die Alten und Jungen herzlich begrüßt hatte, trat er unbefangen zu seiner Antje, deren Wangen sich in Purpur tauchten, und drückte ihr die Hand.

So schwer es ihm ward, der bitteren Pflicht zu genügen, er überwand seinen Widerwillen und reichte Frau Lebermann fast die Hand. Voll Spannung blickten alle auf die beiden; sie stoppte ihr Rad und legte ihre Rechte gleichgültig in die des Findlings; kein Wort des Willkommen ging über ihre Lippen. Obwohl in ihrer Brust ein Vulkan brodelte, den ersten Gruß durfte sie dem Nachbarnsohn nicht verlagern, ohne einen argen Verstoß gegen das Gastrecht zu machen; wie gern hätte sie es sonst getan! Giftige Blicke aber schoß sie ihm nach, als er den Jungen voran in die Vorderstube schritt, allwo das Seepöbel zechte, das den ganzen Sommer über zu Hause blieb, um die Seemannsschule zu besuchen. Alle behandelten ihn höchst respektvoll, denn er war ja bereits ein Chargierter und ihm war sein Ruf vorgegangen.

Die Ausgaben für ärztliche Behandlung und für Heilmittel sind unverhältnismäßig hoch und haben sich im letzten Jahrzehnt in einer Weise gesteigert, die zu schweren Bedenken Anlaß gibt. Wie sich diese Ausgaben steigerten, geht aus nachfolgender Tabelle hervor:

	Zahl der Erkrankungsfälle	für ärztliche Behandlung M.	für Heilmittel M.	Durchschnitt pro Mitglied f. ärztl. u. Heilmittel M.
1901	3 617 022	35 636 010	26 194 989	3,69
1902	3 578 410	37 499 311	26 576 604	3,80
1903	3 782 620	40 765 699	28 905 813	3,99
1904	4 229 177	47 914 471	32 139 348	4,47
1905	4 451 448	53 113 137	34 634 237	4,76

Danach sind die Ausgaben für Arzt und Arznei in diesem Jahrzehnt von 6,41 auf 7,86 Mk. pro Kopf der Mitglieder oder um 22 Prozent gestiegen. Insgesamt stiegen sie von 64,0 Millionen Mark im Jahre 1901 auf 87,7 Millionen Mark in 1905 oder um 36,9 Proz., während die Zahl der Mitglieder nur um 1,5 Millionen oder 16 Proz. und die Zahl der Erkrankungsfälle um 0,83 Millionen oder 23 Prozent zunahm. Man sieht, daß die Ärzte und Apotheker bei dieser Entwicklung nicht zu kurz kamen, daß aber eine solche Fortentwicklung auch eine direkte Gefahr namentlich für die Ortskrankenkassen ist. Diese werden nämlich weit mehr als z. B. die bürokratische Gemeindeverwaltung von den Mehrausgaben für ärztliche Behandlung und Heilmittel betroffen.

Das Gesamtvermögen der Krankenkassen betrug 203,6 Millionen Mark gegen 190,9 Millionen Mark im Vorjahr, auf die Ortskassen entfielen 91,8 Millionen (Vorjahr 84,7 Millionen), auf die Betriebskrankenkassen 97,4 Millionen (83,8 Millionen) und die eingeschriebenen Hilfskassen 16,8 Millionen (16,3 Millionen) Vermögen.

Das Krankenversicherungsgesetz war das erste der drei geschaffenen Arbeiterversicherungsgesetze (das Grundgesetz besteht seit 15. Juni 1883), trotzdem steht es heute noch, was seinen organischen Aufbau betrifft, weit hinter den anderen Arbeiterversicherungsgesetzen zurück.

Zu einer eingehenden, gründlichen Reform und zur Durchführung des allgemeinen Versicherungszwangs will man sich nicht verstehen, obwohl hierfür eine dringende Notwendigkeit besteht.

Der Staatsanwalt als Verteidiger.

Dieses seltene Schauspiel bot der Prozeß, der am Sonnabend vor dem Schwurgericht zu Dessau gegen den Arbeitswilligen Former Buschotte aus Barmen geführt wurde. Wie wir bereits meldeten, ist Buschotte, der am 11. Mai zu Nürnberg den Arbeiter Höppler erschoss, von der Anklage des Totschlages freigesprochen worden. Die Geschworenen vernichteten die Schuldfrage nach einem Plaidoyer des Staatsanwalts, worin er ausführte, daß der Angeklagte in berechtigter Notwehr gehandelt habe und daher nicht schuldig sei.

Die Annahme, daß berechnete Notwehr vorgelegen habe, stützt sich allein auf die Aussagen des Angeklagten und der als Zeugen geladenen Arbeitswilligen und Angehörigen der befreiten Fabrik. Ihnen standen die der zeugenden Streikenden strikt gegenüber. Von Unbeteiligten ist nichts Wesentliches bekundet worden. Die Arbeitswilligen behaupten, mit Steinen geworfen und bedroht worden zu sein, die Streikenden haben keine Steinwürfe bemerkt. Was ist richtig?

Mit ängstlicher Schen ging Niclas Bradhering dem Steuermann aus dem Wege; hatte er doch im Walde von Gönitz genug erlitten, um über die Stimmung des Findlings gegen ihn im Klaren zu sein. Seitdem sann er auf Rache gegen den Mann, dem er den Vorzug nicht zugestand, ein Mädchen wie Antje Lebermann zu besitzen, obwohl ihm diese die unzweideutigsten Beweise ihrer Abneigung gab; durch die verblendete Mutter ermutigt, nahm er geduldig hin, was einen feinfühligsten Jüngling längst aus ihrer Nähe gebannt hätte.

Jeden Abend kam Hindrick mit den jungen Seeleuten im Krug zusammen und erzählte ihnen von seiner großen Fahrt. Geplant folgten sie seinen Vorträgen; mit stillem Entzücken lauschte Antje denselben aus dem Nebenzimmer. Obwohl Frau Lebermann dem Verhassten gern den Zutritt in ihr Haus verweigert hätte, sie mußte ihn dulden, da sie sich durch des Findlings Abwesenheit mit der ganzen Dorfschaft verfeindet haben würde.

Antje, die wieder zu erblühen begann wie die Knospe, die der Lenz neu erweckt, wurde von ihrer Mutter peinlich überwacht. Sie durfte nicht aus dem Hause, weder an das Meer, noch in den Wald, wo sich abends oft das junge Seepöbel tummelte. Mit Langmut ertrug sie es um ihrer Liebe willen, ob es ihr auch schwer wurde, nach des Tages Last auf einen Vorzug zu verzichten, der allen zu Gebote stand, nur ihr nicht. — Oft stach Hindrick mit seinem Vater und Lebermann in See und half ihnen die Netze auswerfen; immer war ein ergiebiger Fang der Lohn der helfenden Hand. Wenn abends dann der gute Vater die Kraft und Ausdauer ihres Herzaerliebsten pries, ging Antje das Herz weit auf; mit keiner Miene verriet sie aber ihre Freude, um die Mutter nicht noch mehr aufzubringen.

Hindrick Niemann war entrüstet, daß der unverdiente Haß dieses Weibes die Adern seines Glückes unterband um eines Menschen willen, der dessen so wenig wert war und vor ihm nur den Vorzug hatte, einen wohlhabenden Vater sein zu nennen. Kaum zu bändigen war er in seinem Zorn, und Frau Niemann hatte ihre liebe Not, ihn vor überreichten Schritten zu wahren. Der Unmut, sein Leben wie eine Schuld vor der Menschheit verbergen zu müssen, machte ihn haltlos; gern hätte er der bösen Mutter seines Liebchens mal gehörig heimgeleuchtet.

Das goldene Kreuz.

Roman von Karl Benzmer.

5. Fortsetzung.

12.

(Nachdruck verboten.)

Die Kunde von der Heimkehr des jungen Steuermannes hatte im ganzen Dorf freudige Sensation geweckt, denn in jedem Hause war er beliebt und gern gesehen; in Frau Lebermanns Herz aber war sie ein Dolchstoß, denn ihr Heiratsprojekt stand seiner Erfüllung heute so fern wie vor einem Jahr, als der Findling von Gönitz fortgegangen. Wie ging ihr doch alles wider den Strich! Sie war aus Rand und Band, denn nicht einen Schritt kam der Niclas von der Scheide seinem Ziel näher. Antje ugte den besangenen Bengel förmlich, ja sie zog ihn nur noch auf, den Dösbattel. Immer war er wie auf das Maul geschlagen, wenn er in den Bannkreis ihrer Nixenaugen trat, und dann mächtig aufprokte, wenn sie nicht zugegen war. Noch tiefer schnitt der Stachel in Mariets Herz ein, als man ihr mitteilte, der Steuermann sei ein bildhübscher Kerl geworden, in den alle Deerns weg wären.

Er ist 'n Brachtjunge, der Hindrick Niemann,“ raunte eines Abends Peter Lebermann in der Silberstube dem Gust Agrell halblaut zu. „Man kennt ihn kaum mehr, so hat er sich auf der See rausgelegt, und wieder ist er die Linie passiert. Schon über's Jahr will er keinen Schiffer machen, und einem Kameraden hat er unterwegs das Leben gerettet, und zweifellos kriegt er 'n Pieppogel für die kühne Tat, hat sein Kapitän erzählt, der es bei der Regierung anzeigen will, denn Gust! Welch ein Bruch ist der Niclas gegen ihn!“ schloß Peter leise und blinzelte verstoßen zu seiner Mariet hinüber.

Sie hatte Peters Bräuterei mit dem Findling ziemlich genau gehört und lachte vor Wut, fraß aber ihren Ärger schweigend in sich hinein.

„Wer zuletzt lacht, lacht am längsten,“ dachte sie und ließ ihr Spinnrad surren, als ob es von Furien gejagt würde.

Aus Antjes Augen leuchtete Freude und Entzücken; sie konnte sich nicht verkneipen und das verbitterte die Mutter

Die Geschworenen und der Staatsanwalt haben nur den Arbeitswilligen Glauben beigemessen. Der Vorsitzende gab während der Verhandlung deutlich genug zu erkennen, daß er derselben Auffassung war, daß ihm Arbeitswillige „wertvolle Elemente“, Streikende „gefährliche Terroristen“ sind. Seine Verhandlungsführung, seine Fragen zeigten ihn erfüllt von Vorurteilen, aus denen seinerzeit die Zuchthausurteile ungelungen Angelegenheiten erwuchs und die im großen und ganzen der deutschen Justiz gegen Streikführer das Gepräge geben.

Daß die Geschworenen den Anregungen, die ihnen die Verhandlungsleitung und der Staatsanwalt gaben, willig folgten, das begreift sich leicht, wenn man bedenkt, daß sie so gut wie ausschließlich aus der Klasse der Beiführenden genommen werden.

Busholte war unter der Fiktion eines verächtlichen Streikbrecheragenten Ferber mit einigen anderen als Arbeitswilligen in die Hienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik eingetreten, wo die Formier und Gießereiarbeiter einmütig in den Ausstand getreten waren. Am 11. Mai waren vier Arbeitswillige in eine nahe der Fabrik gelegene Wirtschaft gegangen, wo die Streikenden verkehrten. Wie selbst ein als Zeuge geladener Polizeibeamter bekunden mußte, haben die etwa 40 Streikenden dort keinerlei drohende Haltung gegen die Arbeitswilligen angenommen, sondern haben sie in ruhiger Weise zu bewegen versucht, die Arbeit niederzulegen und ihnen das Reisegeld zur Rückfahrt angeboten. Dagegen haben die Arbeitswilligen nach demselben Zeugnis provozierende Reden geführt, mit blauen Hosen und Dreiecke gedroht und auf Verlangen der Streikenden hat der Polizeibeamte dem Ferber einen Schlagring abgenommen, den Revolver hat er nicht gefunden. Ferber hatte ihn Busholte gegeben. Auch die Arbeitswilligen haben nicht behaupten können, daß sie in der Wirtschaft bedroht worden wären, haben dagegen ihre Drohreden zugeben müssen. Bis dahin gehen die Zeugenaussagen also gleich.

Die Differenz beginnt erst bei der Darstellung der Vorgänge, die sich bei der Rückkehr der Arbeitswilligen nach der Fabrik auf der Straße zugetragen. Die Arbeitswilligen und der Portier der Fabrik behaupten, daß ihnen eine Menge von 30 bis 40 Personen mit drohenden Bewegungen und Rufen gefolgt sei und sie mit Steinen geworfen habe. Daraufhin will Busholte, der behauptet, er sei zweimal von Steinen getroffen worden, erst geschossen haben. Er gab vier Schüsse ab, der vierte traf den in der Menge befindlichen Höpner, der am Streik unbeteiligt war. Die Streikenden, die als Zeugen auftraten, haben von Steinwürfen nichts gesehen, wobei zu bemerken ist, daß es dunkel war und daß sie sich etwas vom Schauplatz der Tat entfernt befanden.

Fest steht also, daß die Streikenden sich in der Wirtschaft ruhig verhielten, daß die Arbeitswilligen provokatorisch auftraten. Draußen wollten sie plötzlich bedroht worden sein. Sehr wahrscheinlich ist das gerade nicht. Nun sind allerdings die Steinwürfe von den Arbeitswilligen und vom Portier und Ruffschrei der Fabrik sehr bestimmt bekundet worden. Indes fällt dabei eins auf. Mehrere dieser Zeugen bekunden Steinwürfe, die nach den Schüssen gefallen sind. Daß die Menge auf die Schüsse mit Steinwürfen geantwortet hat, mag stimmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt die Sache so, daß die Arbeitswilligen von der ihnen allerdings nicht sympathisch gesonnenen Menge feindliche Handlungen befürchtet haben — ihr böses Gewissen machte sie für solche Befürchtungen natürlich sehr empfänglich. Busholte schoß und die ob der Schießerei erbitterte Menge antwortete mit Steinwürfen. Busholte hat die „höchste Not“, in der er zur „berechtigten Notwehr“ gegriffen hat, selbst erst heraufbeschworen.

Eine Beweisaufnahme, die nicht vor dem Gesichtspunkte ausging, daß Streikende zu allen Schandthaten fähige Gewaltmenschen und Arbeitswillige brave Friedolinge sind, hätte den Tatbestand wohl besser aufhellen können, als es zu Dessau geschehen ist, und würde Licht und Schatten gleichmäßig verteilt haben. Das Urteil, das am Sonnabend gefällt wurde, bestätigt das böse Wort: „Wir Arbeitswillige können einen tödlichen Schlag“. Die deutschen Arbeiter erkennen aus diesem Dessauer Prozeß aufs neue, daß die deutsche Justiz ihrem Ringen um eine bessere Existenz mit vollständiger Verständnislosigkeit gegenüber-

steht, daß der Arbeitswillige der Schilling dieser Justiz ist. Wie dies Urteil in den Kreisen der Streikbrecher wirken wird, darüber kann kein Zweifel sein. Wenn zu den Menschenleben, die schon den Waffen der Streikbrecher zum Opfer gefallen sind, neue hinzukommen, so darf es niemand verwundern. Denn der Streikbrecher handelt in berechtigter Notwehr und der Streikende ist ein zu allem fähiger Terrorist. Vor der deutschen Klassenjustiz!

Soziales und Parteileben.

Ein langwieriger Kampf in der schlesischen Steinindustrie beendet. Seit acht Wochen standen in den schlesischen Orten Ströbel, Strehlen, Quallau und Gorkau 693 Steinarbeiter im Streik. Es handelt sich um geringfügige Lohnzulagen; aber die vier in Frage kommenden Unternehmer zeigten den Arbeitern nicht das geringste Entgegenkommen. Die Streikenden herrschten über die Arbeiter in unumschränkter Gewalt. Die Arbeiter waren meist gezwungen, in den Mietkasernen der Unternehmer zu wohnen; des weiteren war die sogenannte Weihnachtsprämie eingeführt, die selbstredend vom Arbeitslohn während des Jahres über schon zum Vorteil für die Unternehmer abgezogen wurde. Die Steinarbeiter befanden sich also den Unternehmern gegenüber in einem rechtlichen „Hörigkeitsverhältnis“. Am 27. Juni wurde durch die Vermittlung des Gewerberats Dr. Jungt-Schmiednig eine Vermittlung zu Stande gebracht und damit ist der Streik mit einem teilweisen Erfolg für die Steinarbeiter beendet. Die Firma Schall in Strehlen hat bereits vor Beendigung des Streiks Lohnzulagen für einzelne Positionen festgelegt. Die Streikenden nahmen die Arbeit auf; weit über 300 sind abgereist, und je weniger zur Arbeitsstelle zurückkehren, desto besser sind die Chancen bei den Unterhandlungen. Dieser Kampf hat für die Öffentlichkeit insofern Interesse, weil sich die „angeblichen“ sozialpolitischen Wohltaten der Steinindustrie geradezu in einem eigenartigen Lichte widerspiegeln. In den Mietverträgen hieß es nämlich: „Wird das Arbeitsverhältnis gelöst, so hat der Mieter (also der Arbeiter) die Mietkaserne des Unternehmers sofort zu räumen.“ Da in den Kasernen weit über 100 Familien wohnten, so war es den Streikenden unmöglich, anderweitig unterzukommen; denn die Unternehmer hatten „vorsorglicher Weise“ in den umliegenden Ortschaften des Streikgebiets die freistehenden Wohnungen gemietet. Und nun hatten die Gerichte vollauf zu tun. Bei den Amtsgerichten in Strehlen und Zobten wurden die Exmissionsklagen anhängig gemacht, und die Gerichtsvollzieher traten mit ihren Gehilfen in Aktion. Exmission wurde vorgenommen, die Steinhauer mit ihren Familien, mit ihrem bishigen Hab und Gut, wurden nun tatsächlich auf die Straße gesetzt; die gesamte Bürgerschaft war über dieses Vorgehen entrüstet. Teilweise kamlerten die aus den Wohnungen Geworfenen auf offener Straße oder in Scheunen. Die Unternehmer gestehen selber ein, daß ihnen der Streik ungeheure Verluste gebracht hat; aber sie wollten ihr Prestige wahren und deshalb sollte der Steinarbeiterverband bezimert werden. Der Unternehmer Eckstein sagte wörtlich zu den Gendarmen: „Reiten Sie doch die Wände nieder.“ Die Steinarbeiter lachten aber ob dieser höhnischen Provokation. Unter stürmischer Zustimmung konnte der Verbandsvorstand Staudinger aus Leipzig in der Schlichtungsversammlung erklären: „Er habe noch nie bei einem Streikabschluß eine so große Begeisterung, noch nie eine solche bewunderungswürdige Einmütigkeit unter den kämpfenden gesehen, wie im hiesigen Streikgebiet.“ Bei der Arbeitsaufnahme war überflüssigerweise wieder verstärkte Gendarmeriebedeckung herangezogen worden. Die Träger der Riefenhäuben sausten hoch zu Ross von Steinbruch zu Steinbruch; es gab aber keine Gelegenheit zum Einschreiten.

Terrorismus der Ärzte. Den Boykott als Zwangsmittel haben die Geraer Ärzte angebroht. Wie dem „B. Z.“ aus Gera geschrieben wird, hat der dortige Ärzteverein dem Zweigverein Gera des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes angekündigt, daß er seine Tätigkeit für den Verein einstellen werde, wenn er ferner noch zwei dem dortigen Ärzteverein nicht angehörende Ärzte beschäftigen würde. Zugleich würden die übrigen Ärzte Deutschlands ihre Tätigkeit bei dem genannten Verbande einstellen. Der Geraer Handlungsgehilfenverein hat darauf beschlossen, die Ankündigung unbeachtet zu lassen. Die Entscheidung der Ärzte darauf steht noch aus.

Keine Aborte, um nicht der — Faulheit Vorwand zu leisten. Die Gewerbe-Inspektion soll von der Magistrats-Bureau der Stadtverwaltung die Herstellung benutzungs-fähiger Bedürfnisorte im städtischen Gaswerk verlangt haben. Man darf annehmen, daß in Preußen eine königliche Be-

herde nichts Unbilliges von einer Kommune verlangt. In welchem Zustande müssen die Orte sein, an denen die betreffenden städtischen Arbeiter ihre Not verrichten müssen, wenn die Gewerbe-Inspektion gezwungen ist, einzugreifen? Wie nun die „Saarwacht“ mitteilt, hielt das Stadtkollegium in der Sitzung vom 1. Juni die Einrichtung von brauchbaren Aborten für Arbeiter für Luxus, da nach der Meinung eines Stadtvaters durch die Einrichtung derselben nur der Faulheit Vorwand geleistet werde. Es muß mit den Arbeitsverhältnissen des Gaswerks sehr wenig einverstanden sein, wenn man befürchten muß, daß die Arbeiter selbst den ungünstigsten Ort als Ruhezugänge benutzen möchten, um einige Minuten anzufaulen. Wie wäre denn, wenn man den Arbeitern einen Polizisten mitgäbe, der über die Quantität und Qualität, sowie über die notwendige Zeitdauer des Bedürfnisses Kontrolle führte und nötigenfalls mit einem klugen Handgriff das Ruhezugänge unterbricht?

Bäckerinnung gegen Konsumverein. Der Bäckerinnung in Magdeburg ist der Konsumverein Neustadt und besonders seine Bäckerei ein Dorn im Auge. Die Meister vom Paktrog versuchen alles, um den Konsumverein zu schädigen, und scheuen dabei auch nicht vor der Benutzung der größtmöglichen Unwahrheiten zurück. Sie waren es, die nach der Reichstagswahl iorgelert die falsche Ansicht zu nähren suchten, daß die Sozialdemokraten aus Rache für den Verlust des Reichstagsmandats alle Kleinräumer boykottiert hätten. Das hat nun nicht verlangt, und so versuchen sie jetzt, durch ihre Lieferanten dem Konsumverein beizukommen. Diesen ist nämlich kürzlich von der Bäckerinnung folgendes Zirkular zugestellt worden:

Bäcker-Zwangszinnung.
Magdeburg, im Juni 1907.
An unsere verehrten Lieferanten!

In unserer außerordentlichen Generalversammlung vom 21. März 1907 zur Stellungnahme gegen den Konsumverein wurde bekannt, daß unsere Lieferanten zum größten Teile auch gleichzeitig Lieferanten des Konsumvereins sind und demselben die Rohmaterialien bedeutend billiger liefern als den Bäckermeistern und den Konsumverein noch durch bares Kapital unterstützen.

Es wird unseren geehrten Lieferanten hinlänglich bekannt sein, daß der Konsumverein Neustadt nicht nur der größte Konkurrent unseres Gewerbes ist, sondern als ein sozialdemokratisches Institut angesehen werden muß, das es sich zur Aufgabe macht, das Klein-gewerbe und das Handwerk zu vernichten.

Die Herren Lieferanten, die diesen Konsumverein wie oben angeführt unterstützen, untergraben berruht oder unbewußt unsern Stand und unsere Existenz und fördern den Konsumverein mit seinen sozialdemokratischen Bestrebungen.

Unsere Herren Lieferanten werden es deshalb für selbstverständlich und gerecht finden, wenn wir uns dagegen zur Wehr setzen und von ihnen fordern, daß sie unsere Gegner nicht weiter unterstützen und ihre Lieferungen und baren Geldunterstützungen dafelbst einstellen.

Wir erlauben uns, Ihnen mitzuteilen, daß laut Beschluß obiger Generalversammlung alle die Lieferanten, die in Zukunft weiter mit dem Konsumverein Neustadt arbeiten, von der Lieferung an Innungsmittelglieder ausgeschlossen werden sollen, geben uns aber der angenehmen Hoffnung hin, daß unsere Lieferanten unserem berechtigten Wunsche nachkommen und bestrebt sein werden durch Aufrechterhaltung der guten Beziehungen und durch gegenseitiges Entgegenkommen unseren Stand kräftigen und heben zu helfen.

Wir erlauben Sie höflichst und dringend, eine Erklärung dahin abzugeben zu wollen, ob Sie für die Interessen des Konsumvereins oder für unsere Interessen einzutreten geneigt sind. Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Also eine Boykottandrohung in aller Form. Wenn Arbeiter Bäckermeister boykottieren, die den dringendsten Forderungen der Menschlichkeit nicht nachkommen, nennen die Innungsmeister das einen Gewaltakt und rufen nach dem Staatsanwalt. Daß die obige Androhung sich auf bewußt un wahre Angaben stützt, sei nur nebenbei erwähnt. Denn unwahr ist, daß der Konsumverein ein sozialdemokratisches Institut ist; unwahr ist, daß der Konsumverein es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Klein-gewerbe und das Handwerk zu vernichten. Eine Unwahrheit ist ebenfalls die Behauptung, daß die Lieferanten den Konsumverein durch bares Kapital unterstützen. Einen Erfolg werden die Innungsterroristen kaum erzielen.

Verdächtige Fürsorge. Aus Wehlar wird der „Frankf. Volkszt.“ geschrieben:

Mit welchen Mitteln bei dem verstorbenen Tabakarbeiterstreik von den Unternehmern gearbeitet worden ist, das haben nicht nur die Zeitartikel in den bürgerlichen Blättern gezeigt,

der Hige. Unter dem Himmelsdom dehnten sich graugelbe Wolkenschichten so dicht und düster, daß selbst dem Sonnenlicht der Durchblick verlagert blieb. Zwar lag die unendliche Meeresfläche still und unbewegt da, spiegelte aber die buntesten Töne ab, unter denen ein intensives Dunkelgrün das vorherrschende war. Bleigraue Wollenberge, die sich allmählich am südwestlichen Horizont aufstürzten, die förmlich lähmende Hige und auch die dunklen Reflexe der See waren den besorgten Fischern ein untrügliches Zeichen, daß in der Luft ein Gewitter braue. Binnen kurzen mußte es sich entladen, darum beeilten sie sich, ihre Netze einzuziehen und ruderten mit rüstiger Hand dem Strande von Gongij zu.

Unter dessen war es Abend geworden und über Land und Meer lag eine unheimliche Stille. Schon durchzuckten gresle Blitze die dunklen Wolkenschichten und ein knatterndes Rollen kündete den nahen Ausbruch eines Gewitters, das aus Südwest zu West langsam heraufzog. Schließlich setzte es mit rasendem Nordwest und prasselndem Regen ein; das grollende Meer hing an sich aufzubäumen und zu brüllen, wie man am Seegeflade sagt. Turmhöhe Wellen rollten aus der Brandung an die Düne und brausend segte der Gischt über deren Kamm hin. Wo lautlose Stille vorher den Aufruhr der Elemente gekündet, tobte und heulte und wetterte es, als ob alle Dämonen der Hölle losgelassen wären.

Plötzlich trat Hans Niemann, nachdem er die Bootstafelgale draußen an der Wand seiner Kasse aufgerichtet, zu seiner Grete in die Stube. Weil er nur Keulen ausgelegt hatte, hatte er heute seinen Hindrich nicht in See mitgenommen. Liebevoll half ihm sein treues Weib die nasse Alabage vom Leibe ziehen, dann setzte sie ihm die warmgehaltene Kost vor, weil er weit über Mittag hinaus in See geblieben war.

„Weißt Du es noch, Hans?“ fragte Grete wehmütig, „gerade solch ein Wetter war es, als Du vor nunmehr zwanzig Jahren unsern lieben Jungen im Seeschlag fandest.“

„Ich entsinne mich, Mutter, und fürchte, daß heute Abend noch ein Unglück passiert,“ erwiderte er, schnell essend. „Im Osten kreuzt nämlich eine stolze Fregatte, ver-

flert aber zusehends immer mehr, da der verdammte Nordost sie dem Strand näher und näher treibt, und wenn er nicht bald umspringt, jagt er sie rettungslos aufs erste Riff.“

„Gott verhüte ein Unheil, Hans!“ rief Grete angstvoll. „Da sieh, mein Alter, man trifft schon Anstalten für den Fall der Not!“ fügte sie hastig hinzu, indem sie ihren Mann zum Fenster hinaus. Bei dem grellen Ausleuchten der Hige gewahrten beide, daß der große Schuppen mit den Rettungsapparaten, welche die Menschenliebe an bestimmten Plätzen der See küste bereit hält, um den Bedrängten beizustehen, erschlossen wurde. „Es ist ein Wetter, als ob Himmel und Erde ineinanderzuckten, Hans; Gott schütze die Armen!“ schloß die mitfühlende Frau, indem sie die Hände faltete.

Als Hindrich, vollständig zur Seefahrt gerüstet und angetan mit Südwest und Bussfenn, in die Stube trat, maß ihn die Mutter mit besorgtem Blick.

„Ist Gefahr zu befürchten, Hin?“ fragte sie besorgt.

„Ja, Mutter, wenn der Wind nicht bald umspringt, wird die Fregatte da draußen schwerlich abhalten können,“ entgegnete der Sohn sachkundig. „Wir werden mit dem Rettungskutter hinauswischen, meine Kameraden stehen alle bereit.“

„Bleib davon ab, Hin, es sind ja genug Männer da, die zur Befegung des Rutters ausreichen,“ warnte Grete mit nagenber Angst, „bedenke, daß Du selber einst —“

„Nein, Mutter, die Kräftigsten müssen heran, wenn es so rumort wie heute,“ gab der Jüngling entschlossen zurück. „Schämen müßt ich mich, wollt ich tatlos zusehen, wie jene in See ringen. Mit Gewalt zieht es mich hinaus, wenn der Merkruf ertönt.“

„Um ja, immer wart Ihr die ersten im Rutter, Du und Antje, und oft war's um ein Haar mit Euch vorbei gewesen,“ sprach die Mutter und wandte sich ab.

„Laß ihn, Grete, es ist Seemannspflicht,“ gemahnte der Vater ernst und rüstete sich zum Mitgang.

(Fortsetzung folgt.)

Darvon legt auch nachstehendes amtliches Schriftstück berechnetes Zeugnis ab:
Königliches Amtsgericht.
Kroßdorf XVIII. 148.

Weglar, 19. Juni 1907.

Dem Vernehmen nach haben Sie gebildet, daß Ihre Tochter Emilie nach auswärts zur Beschäftigung in einer Tabakfabrik verzogen ist. Da dies durchaus nicht im Interesse Ihrer Tochter liegt, vielmehr zu befürchten ist, daß dieselbe fittlich gefährdet wird, so wird Ihnen aufgegeben, binnen einer Woche den Nachweis zu erbringen, daß Ihre Tochter wieder zu Ihnen zurückgeführt ist. Andernfalls sehen wir uns genötigt, Ihnen die Erziehung des Kindes zu entziehen und dasselbe in einer geeigneten Familie unterzubringen.
gez. Raab.

Weglar, Weglar, Altmar, Gerichtsschreiber.
An Witwe Almin Esarius.

Das Mädchen, um das es sich hier handelte, ist 17 Jahre alt. Es hatte sich während des Streiks auswärts Arbeit gesucht. Zerstört haben sich Gerichtsbehörden nicht darum zu kümmern, ob jungen Mädchen Gefahren drohen, wenn sie in Fabriken beschäftigt sind; in diesem Falle war das Amtsgericht aber sehr fürsorglich, weil es sich dabei um die Wohnung von Unternehmern handelte. Die jungen Mädchen, die mitstreifen, sollten zu Arbeitswilligkeitsdiensten herangezogen werden. Wir wünschten nur, das Amtsgericht kümmerte sich mit ebensolchem Eifer um die jungen Arbeiterinnen, die als Mägde an die Landwirte verdingen werden und dort manchmal unter Verhältnissen leben und wohnen, die es sehr notwendig machen, daß die Behörden eingreifen.

Lebensmittelpreis in Wien. Die meisten Inhaber von Warenhäusern und größeren Geschäftsfakten in Wien haben ab 1. Juli, ihrem Abrechnungsmonat mit dem Gehilfen ausfluß der kaufmännischen Angestellten gemäß, ihre Löhle um sieben Uhr gelassen.

Die Sozialarbeiter in Bukarest (Rumänien) haben die Arbeit niedergelegt wegen der Verfolgung durch die Unternehmer. Sie sind in Streit getreten, um den Tarif und der Arbeitsordnung, die in unserer Korporation in Kraft und durch die Arbeitsämter dieser Stadt genehmigt sind, Achtung zu verschaffen. Wir bitten daher, wenn Fabrikanten oder Unternehmer für Bukarest Arbeiter suchen sollten, die Arbeiter vor einer Arbeitsaufnahme in Bukarest zu warnen. Eventuelle näheres Auskünfte sind zu erhalten: Les ouvriers parquiers en bois de la corporations de la ville in Bukarest, Rue Mihai-Voda Nr. 9, Rumänien, — Bezug ist also von Bukarest fernzuhalten.

Wiederum ein Nichtbeschäftigter in Seifen. Das Ministerium des Innern hat auch der Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Kreistag in Sechsteilung die Bestätigung verweigert.

Die Mannheimer Schnupfatabakfabrik endete, wie vorausgesehen war, mit dem völligen Rückzug der Fälscher. Die erste Mannheimer Strafkammer hat jetzt alle sechs Angeklagten außer Verfolgung gesetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „böswilliger“ Majestätsbeleidiger? Wegen Majestätsbeleidigung, die er in schwer betrunkenem Zustand begangen hatte, wurde der Maurer Johann Günther aus Rimplach von der schweidnitzer Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Die Männer von Döllnitz. Die Hallesche „Allgemeine Zeitung“ hatte aus Döllnitz, dem berühmten Orte der

Gese, eine Notiz des Inhalts gebracht, daß die dortige Bezirksbehörde, die ein Jahr lang im Orte zur Freude der Einwohnerschaft ihres Amtes gewaltet habe, wegen „schlechten Geschäftsganges“ ausgemauert sei. Aus dieser Mitteilung glaubte nun das starke Geschlecht in Döllnitz einen leisen Vorwurf gegen sich herauszuhören, und auch an amtlicher Stelle berührte dies Urteilszeugnis, das dem Orte in seiner Notiz ausgestellt war, peinlich. So setzte sich denn der Herr Amtsekretär hin und sandte der Zeitung auf Grund des Paragraphen 11 des Preßgesetzes folgende Verichtigung: „Die Meldung von Döllnitz in einer der letzten Nummern Ihres geschätzten Blattes, daß die hiesige Behörde „wegen mangelnder Geschäftigkeit“ den Ort zu verlassen gezwungen sei, ist nicht richtig. Tatsache ist dagegen, daß sie wegen Zwistigkeiten in der Familie unseren Ort den Ort den Rücken gekehrt hat und daß sich schon drei andere Bewerberinnen um den vakanten Posten bemüht haben. Es hat fast den Anschein, als ob diese Meldung durch das Verschwinden des Storchenspaars, das bisher hier domizillierte, veranlaßt worden sei; aber das Geschäft blüht nach wie vor! Laut Ausweis des Geburtsregisters haben bereits im Laufe dieses Jahres 41 Weltbürger hier das Licht der Welt erblickt, und es besteht begründete Hoffnung, daß die vorjährige Geburtsziffer von 86 nicht nur erreicht, sondern noch übertroffen wird. Neben anderen Vorzügen besitzt gerade Döllnitz den des großen Kinderreichtums. Familien mit 9 bis 16 Kindern gehören hier nicht zu den Seltenheiten.“ Der gute Ruf der Männer von Döllnitz ist also gerettet.

Zwei Tage lebendig begraben. Auf der bei Brambauer im Ruhrrevier gelegenen Zeche Minister Achenbach wurden am vorigen Dienstag in der Morgenschicht zwei Bergleute in einem überhauenen verschüttet. Der Unfall wurde erst mehrere Stunden später bemerkt. Sofort wurden alle Maßnahmen getroffen, um die Unglücklichen zu retten. Die Arbeit war überaus schwierig und gefährlich, denn jedesmal, wenn man einen Teil der Schuttmassen hinweggeräumt hatte, stürzten die Berge wieder weiter zusammen, so daß man den Bergungslücken nicht nahe kam. Es wurde schließlich von einer anderen Seite aus eine Strecke gebrochen, und nach fortgesetzter, angestrengter Arbeit war die Rettungsmannschaft den Verunglückten so nahe gekommen, daß man sich durch gegenseitiges Klopfen verständigen konnte. Am Mittwoch abend gegen 9 Uhr gelang es dann schließlich, die Verschütteten aus ihrer Lage zu befreien und unverletzt zu Tage zu fördern. Bei den Rettungsarbeiten sind ein Arbeiter und ein Bergmann nicht unerheblich verletzt worden.

Ein Glendebild. Über eine Verhandlung vor dem Magdeburger Schöffengericht wird folgendes berichtet: „Verhaftete Sie mich, ich habe gebettelt“, sagte der 40 mal wegen Bettelns vorbestrafte Arbeiter Ernst Stenge, 1839 zu Kriesch geboren, zu einem Schutzmännchen zu Buchau. Dem Beamten zurechtgewiesen, er solle sich seiner Wege scheren, ging er direkt in einen Laden und ließ da sein Bettelergewerbe aus. Nun blieb dem Beamten weiter nichts übrig, als ihn wegen Bettelns zu verhaften. Aus der Haft vorgeführt, gibt er zu, gebettelt zu haben, um ins Gefängnis zu kommen, da er Arbeit bei seinem Alter doch nicht erhalten. Er wird zu vier Wochen Haft und Überweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. — Das ist die „gesicherte“ Existenz des Arbeiters.

Abweisung eines Oesterreicher. Trotz der Handelsverträge, die jedem Einwohner des Handelsvertragslandes das Recht in Deutschland sich aufzuhalten, einzuräumen, fährt die preussische Polizei mit Verhaftungen und Ausweisung von harmlosen Ausländern fort. Am Freitag erwichen in der Wohnung des Buchbinders Luftig in der Rückertstraße in Berlin eine Anzahl Kriminalbeamter, durchsuchten die Wohnung und stifteten nach fruchtlosem Ausfall der Suche den Gehäusuchten. Luftig ist österreichischer Staats-

angehöriger, lebt seit 1892 in Berlin, steht in Arbeit, ist verheiratet, und Vater von 4 unehelichen Kindern. Er hat sich nichts Strafbares zuschulden kommen lassen. Trotzdem ist er seit Freitag in Polizeigewahrsam gehalten. Ihm ist eröffnet, er werde nach Oesterreich abgeschoben, weil — er anarchistischer Gesinnung verdächtig ist. Ein derartiges Vorgehen der politischen Polizei widerspricht dem Völkerrecht, den Handelsverträgen und der Gerechtigkeit auf's Entschiedenste.

Pyllon, Wollenbruch und Überschwemmung in Griechenland. Am 17. Juni — nach dem griechischen Kalender am 4. — ging in Trifkala in Thessalien und weiter nördwärts ein Wollenbruch von außerordentlicher Schwere, begleitet von einem Pyllon, nieder. Trifkala, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, liegt in dem nördlichen Teil der größeren fruchtbaren Ebene Thessaliens am Lichnosfluß, der weiter östlich in den Hauptfluß Thessaliens, den Peneios, einmündet. Die Wassermassen kamen in so ungeheurer Menge vom Himmel herunter und erhöhten durch das riesige Gefälle dieses sonst so unschuldigen Flüsschens, das im Hochsommer kaum Wasser hat, eine solche Wut, daß die Stadt Trifkala nach vor Einbruch der Nacht mit ihren Vorstädten und den umliegenden Dörfern in eine Trümmerstätte verwandelt wurde. Eine Reihe von aufeinanderfolgenden Drahtnachrichten brachte mehrere Mißgeschickte. Der Regen hatte um 5 1/2 Uhr nachmittags begonnen und wurde gegen 8 Uhr zum Wollenbruch mit Hagelstauern, dessen Wassermassen von den Gebäuden der Stadt nur die aus Stein gebauten stehen ließen. Präfekturgebäude, Gymnasium, Gefängnis und Postgebäude wurden zum Teil zerstört, zum Teil unbenußbar; die Gefangenen entflohen und begannen bei Nacht ihr Freiheitsleben: 135 Kilometer der Bahn vor und hinter Trifkala wurden unfahrbar, Telegraphen und Fernsprechanlagen auf viele Kilometer zerstört und der Verkehr zu Wagen und zu Pferde überall unmöglich. Die Vorräte an Lebensmitteln hatte das Wasser entweder fortgeschleppt, unter den Häusern begraben oder ungenießbar gemacht. Von den Häusern der Stadt wurden 1500 zerstört und unbewohnbar, so daß die wenigen geretteten Personen, die darin wohnten, kaum ein Obdach fanden. Dazu stellte sich schon am folgenden Tage Mangel an Lebensmitteln ein. Nach oberflächlicher Schätzung beläuft sich der Gesamtschaden, die durch den Hagel vollständig zerstörte Ernte mit eingerechnet, auf rund 16 Millionen Mark. Und nun erst die Opfer an Menschen! In dem Hause eines Priesters kamen 40 Personen um, in einem anderen von den 13 Bewohnern 11, in einem Barbierladen 7 uim. In den ersten Tagen fand man 100 bis 150 Tote, die ertrunken oder von den Trümmern erschlagen waren. Selbst in den letzten Tagen wurden nach der „A. Z.“ noch 25 und 30 Leichname unter den Trümmern hervorgezogen. Regierung und Nachbarbehörden kamen der unglücklichen Stadt zu Hilfe, jene, indem sie Kredit bewilligte und Zelte von Larissa dahin beorderte, die Präfekten der Nachbarprovinzen, indem sie Brot und andere Lebensmittel dorthin sandten. Die Katastrophe von Trifkala gehört zu den schrecklichsten der Neuzeit und wird der Regierung schwere Geldopfer kosten, denn es werden nur sehr wenige Leute gegen Unfall versichert sein; soweit ist das Versicherungswesen noch nicht in die Provinzen gedrungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Pauswerter und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.

Gestern abend entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere liebe Tochter Bertha im Alter von 3 Monaten 3 Tagen.

Aufs Schmerzlichste vermisst von den übrigen.
Karl Schwarz u. Frau.
Lübeck, 4. Juli 1907.

Ein freundliches Logis zu vermieten
Domstraße 31, 2. Stg.

Per sofort oder 1. Oktober ein Laden mit Wohnung vor dem Burgtor, ein Laden mit Wohnung in der Stadt.
Näheres bei

Schlomer, Breitestraße 54.

Zum 1. Oktober eine Wohnung zu verm.
Gleiwitzstraße 42 a.

Näheres daselbst.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise von 160—180 Mk. von Eheleuten mit einem Kind. Ang. unter Z. 51 a. d. Exp.

Gesucht Zweistubenwohnung von Leuten mit einem Kind. Holstentor-Nord bevorzugt. Preis 180—200 Mk. Ang. u. d. Exp.

Ein Ehepaar mit erwachsenem Sohn sucht 2-Zimmerwohnung v. d. Holstentor. Miete 160—180 Mk. Off. an die Exp. d. Bl. unter G F erbeten.

Schuhmachergeselle sofort gesucht.
J. Voß, Süßstraße 90.

Ein gut geh. Brothandel mit gr. Kundschaft billig zu verkaufen.
Heinr. Pohlmann, Untertrave 103, parterre.

Gespielte, gut erhaltene Platten — Gramophon-Zonophon-Rekorde — billig zu verkaufen (abends ab 8 Uhr).
Adlerstraße 40, I.

Alb. Kock, Maler, wohnt jetzt: Bestergrube 43, pt.

St. Gertrud-Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung.
Vertretung von nur erstklassigen Marken.
Reparaturen schnell und billig.
Werderstraße 28.

Holsteinischer und mecklenburger Land-Schinken
im Aufschnitt per Pfund 1.60—2.00 Mark, in Stücken v. 2—5 Pfd. u. mehr Pfd. 1—1.20 Mk.

Prima Schinken- und Seitenpfe.
Schultern im Ganzen per Pfund 90 Pfg.
ff. Mecklenburger Mettwurst.

Fernspr. 1854. **Heinr. Franck,** Wahnstr. 67.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe, 833 u. 585 gest., anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrm., Königsstr. 62, b. d. Süßstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Wo kauft man gut und billig Käse? Im Spezialgeschäft **Fünfhäusen 22.** Empfehle eine Partie sehr schönen **Tilsiter Käse**, per Pfund nur 25 Pfg. **F. Franz,** Fünfhäuf. 22.

Kredit
Möbel für Mk. 98 Anz. Mk. 12
Möbel - - 195 - - 24
Möbel - - 258 - - 35

Anzüge für Herren, Burschen und Kinder.
Dam-Jackets, Kost.-Röcke, Kleiderstoffe, Teppiche, Portieren, Gardinen, Sport- und Kinderwagen

ohne Anzahlung an alte Kunden.

H. Kesten, untere Johannistr. 70, I.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.
Von **Richard Lipinski.**
20. Auflage. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Geschäfts-Übernahme.
Einem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich die von der Frau **Lender, Schuhmacherstraße 39,** geführte **Milch-, Brot- u. Flaschenbier-Handlung** übernommen habe.
Indem ich um gütigen Zuspruch bitte, zeichne
Hochachtungsvoll
Frau Helene Tews.

Geschäfts-Gründung.
Hierdurch zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage **Wiedestraße 43, Ecke Segebergstraße,** eine **Grün-, Fettwaren-, Brot-, Flaschenbier- und Feuerungs-Handlung** eröffne.
Indem ich reelle Bedienung zusichere, bitte ich ein geehrtes Publikum um geneigtes Wohlwollen und zeichne
Hochachtungsvoll
Wilh. Topp.

Geschäfts-Gründung.
Mache hierdurch dem geehrten Publikum bekannt, daß ich am heutigen Tag ein **Zigarren-Geschäft** etabliere und bitte gleichzeitig mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Fr. Lütgens
Segebergstraße 2.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt Otto Albers Kohlm.
4. 10.
a. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pfg. bis 4 Mk.
00 Rote Lubeca-Marken. 00

Kredit-Haus S. SACHS
Huxstr. 41
gibt jedem Kredit, an alte Kunden evtl. ohne Anzahlung.
Möbel
für 98 Mk., Anzahlung 10 Mk.
" 198 " " 20 "
" 298 " " 30 "
Herren-, Damen- und Knaben-Konfektion.
S. SACHS, Huxstraße 41.

Pr. ger. Schweinsbacken ohne Knochen 55 Pfg.
Dicke Kloben Pfd. 60 Pfg.
Pr. ger. Röllschultern Pfd. 85 Pfg.
Pr. ger. Schinkenpfe Pfd. 90 Pfg.
Pr. Kopf und Bein Pfd. 20 "
Pr. Gehacktes Pfd. 60 "
" fetter Speck 70 und 80 "
" magerer Speck Pfd. 80 "
Bestes Schmalz " 65 "
Gesochte Mettwurst 60 Pfg., Leberwurst 60 Pfg., Braunschwäizer 60 und 80 Pfg., Preßwurst 60 Pfg., Ruheuter 50 Pfg.
ff. Aufschnitt 1.00 Mk.
M. Lahritz, Böttcherstr. 16.

Ausverkauft!

werden zu enorm billigen Preisen:

Damen-Blusen

70, 90, 1.20, 1.60, 1.90, 2.20—2.75.

Wert das Doppelte.

Knaben-Waschblusen

50, 75, 95, 1.20, 1.50, 1.80—3.70

Kinder-Kleider

75, 90, 1.00, 1.25, 1.50, 1.90—2.70.

Wasch-Kleiderstoffe

Meter 40, 50, 60, 70, 80, 90—1.00.

Strohhüte und Mützen

25, 30, 40, 50, 60, 80, 95—2.50.

Strümpfe und Socken

Paar 15, 20, 30, 40, 50, 55—60.

Sommer-Joppen

1.20, 1.50, 1.90, 2.30, 3.00—5.70.

Sommer-Hosen

1.80, 2.20, 2.50, 2.70, 3.00—3.75.

Knaben-Anzüge

1.80, 2.20, 2.50, 3.00, 3.60—9.50.

Herren-Anzüge

10.50, 12.50, 14.00, 17.50, 19.00—35.00.

Ein Posten Reste

für Kleider, Schürzen, Bettbezüge usw.

Summe 25—50 Prozent im Preise ermäßigt.

Ein Posten Schlafdecken

98, 1.20, 1.50, 1.80, 2.00, 2.50—4.00.

Ein Posten Steppdecken

2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00—6.00.

Trotz dieser billigen Preise

geben wir rote

Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt

Inhaber: Adolf Bahr

Breitestrasse 31.



Neue Sommerfang- und Matjes-Seringe

sowie sämtliche Fluss- und Seefische, Kieler
Märchenwaren empfiehlt

Fischhalle „Hansa“

Stinshausen 33. Markthallenstand 104.

Telephon 1869. Rote Rabattmarken.

Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck

Sonntag, den 7. Juli:

Tour nach Travemünde

und Palingen.

Abfahrt 1 1/2 Uhr mittags vom Vereinshaus.

Gesangverein

„Eintracht“

General-Versammlung

am Donnerstag, 11. Juli,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.

2. Vogelschießen.

3. Beschlussfassung über einen Unterhaltungs-

abend im November.

4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Nur noch einige Tage!

dauert der

Grosse

Total-Ausverkauf

in

**Herren-
Knaben-
Kinder-
Arbeiter-**

Garderoiben

Mühlenstrasse 5, am Klingenberg.

Um vollständig zu räumen verkaufe die vorhandenen Restbestände wie Herren-Anzüge, Paletots,
Knaben-Anzüge, Arbeiter-Garderobe etc.

für jeden annehmbaren Preis.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. | Gute Zigarren, 100 Stk. 2.90 Mk.
Johannisstr. 17/19.

Preußische Lose

Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli

$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$
Mk. 4.—	Mk. 5.—	Mk. 10.—	Mk. 20.—	Mk. 40.—

sind bei mir zu haben.

Lübeck, Johannisstraße 10.
Telephon 58.

Falck,

Königl. Lotterie-Einnehmer.



In allen Verkaufsstellen

in ganzen Broden pro Pfund 25 Pfg.

Selten billiges Angebot!

Festen schnittigen Käse Pfd. 60 Pfg.

Weichen Tilsiter Fettkäse " 40 "

Weiche zarte Sommerfangheringe

2 Stück 15 Pfg. und Stück 5 Pfg.

Eduard Speck Hüxstraße 80.

Jetzt sind die **Frühstücksschinken** wieder da,

pr. Pfd. 68 Pfg., 6—10 Pfd. schwer.

Posten Tilsiter Vollfett-Käse, sonst Pfund 80 Pfg., jetzt Pfund 60 Pfg.

12 Stück Eier 60 Pfg., extra große Eier 11 Stück 60 Pfg.

4 Salzheringe 10 Pfg. Posten harte ger. Wurst Pfd. 88 u. 75 Pfg.

Otto Burckhardt,

Hüxstrasse 42.

Verlangen Sie Rabattmarken!

20

Pfennig

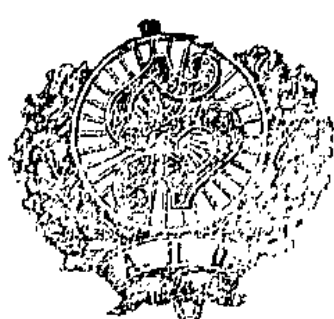
Das rote Gespenst.

Alles arbeitet, nur der Vater nicht.

Kinder 10 Pfennig.

Platz für Fahrräder.

TONHALLE, Schmiedestrasse 20.



**Arbeiter-
Radfahrer-
Verein
„Freiheit“,
Schwartau.**

Einladung zum

Commer-Bergnügen

verbunden mit Korfahrt, Saal- und
Reigenfahren, sowie Belustigungen

am Sonntag, den 7. Juli,
im Lokale des Herrn Piquart,

„Hotel Kronprinz“.

Beginn der Korfahrt nach dem Miesebusch:
Nachmittags 2 Uhr.

Anfang des Balles 7 1/2 Uhr. Preis 1 Mk.

Das Komitee.

**Arbeit.-Radf.-Verein Freiweg
Palingen.**

BALLO

verbunden mit
Korfahrt und Preisschießen

am Sonntag, den 7. Juli.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 1 Mark, eine Dame frei.

Dazu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.

Sonabend: Außer Abonnement.

Jeder Platz 50 Pfg.

Gastspiel Hofschauspieler Wahlberg.

Nur einmalige Aufführung

Hermann Sudermanns

Die Ehre.

Graf Trast — Hans Wahlberg.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag: Große Doppel-Vorstellung.

Gastspiel H. Wahlberg.

Die Zählung der Widerspänstigen.

Lustspiel von Shakespeare.

Die Laune des Verliebten.

Schauspiel von W. v. Goethe.

Hansa-Theater.

Heute Sonnabend, 8 Uhr.

Einmal. Gastspiel. Durchschl. Lacherfolg!

In Berlin über 700 Mal aufgeführt.

Charles Tante.

Schwank in 3 Akten von Dr. Thomas.

Sommerpreise.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Plorkowski.

Sonabend, 6. Juli, Anfang 8 Uhr:

21. Abonnements-Vorstellung.

Gastspiel Max Schütz vom Deutschen

Theater in Berlin, sowie Frau Direktor

Plorkowski.

Zum letzten Male.

Giroflé — Giroflá.

Operette in 3 Akten von Lecocq.

Sonntag, 7. Juli, Anfang 7 1/2 Uhr.

Erstes Gastspiel des Komikers Walter

Bräuer aus Dresden sowie Frau Direktor

Plorkowski als Rosalinde.

Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Strauß.

Vorverkauf bei Kibel u. Borchert

Breitestrasse und an der Theaterkasse.